



Ausschuss für Europa und Internationales

12. Sitzung (öffentlich)

7. September 2023

Brüssel – Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1	Begrüßung durch den Leiter der Landesvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Rainer Steffens	4
2	Gespräch mit Herrn Jan Hendrik Dopheide, Europäische Kommission	8
3	Gespräch mit Herrn Janis Emmanouilidis, Think Tank EPC (European Policy Centre)	18
4	Wie sehen die Pläne der Landesregierung zur Umstrukturierung der EU-Fördermittel aus? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])	33
	Bericht der Landesregierung Vorlage18/1555	

– wird aus zeitlichen Gründen heute nicht behandelt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße alle Mitglieder des Ausschusses zur mittlerweile 12. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales. Begrüßen möchte ich für die Landesregierung den Abteilungsleiter, Herrn Siemes. Ebenfalls begrüße ich herzlich den Leiter der Landesvertretung hier in Brüssel, Herrn Rainer Steffens, den wir gestern schon mehrfach erlebt haben und der uns gleich zu Beginn einen kleinen Input, einen Überblick über die Arbeit der Landesvertretung gibt und vielleicht – wir sind ja in den neuen renovierten Räumen dieser Landesvertretung – auch ein bisschen was dazu sagt.

Begrüßen möchte ich auch unsere heutigen Gäste. Schon anwesend ist Herr Jan Hendrik Dopheide von der Europäischen Kommission. Vielen Dank, dass Sie heute da sind. Sie sind, glaube ich, auch ein NRW-Kind, oder?

Jan Hendrik Dopheide: Ja, absolut, aus Ostwestfalen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ein OWLer in der Kommission! Das wird spannend, sage ich als Rheinländer.

Thema wird sein Brexit und die Folgen. Herr Dopheide wird einen kleinen Input geben, und dann haben wir die Möglichkeit zur Debatte.

Ich begrüße weiterhin recht herzlich Frau Hibben von der Landtagsverwaltung, die die Referatsleitung im Landtag hat, und die NRW.Bank und sonstige Gäste, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unseren Mann hier in Brüssel in der Landesvertretung, Herrn Tom Odebrecht.

Bedanken möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Stall und Herrn Odebrecht für die gute Organisation. Abschließend freue ich mich sehr, dass wir begleitet werden vom Sitzungsdokumentarischen Dienst, Frau Schröder-Djug. Das heißt, alles wird hier aufgezeichnet und protokolliert.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Nummer 18/432 – Neudruck – zugegangen. Gibt es Änderungen zur Tagesordnung? – Das sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen, und wir können direkt eintreten.

1 Begrüßung durch den Leiter der Landesvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Rainer Steffens

MDgt Rainer Steffens: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Abgeordnete des Ausschusses! Entschuldigen Sie meine Stimme, ich glaube, wenn die Stimme des Leiters am nächsten Morgen ganz normal wäre, wäre es kein guter Abend gewesen. Insofern ist das eher das gute Zeichen heute Morgen. Es hat mich gefreut, dass Sie gestern Abend alle da waren. Ich glaube, so auch meine Rückmeldungen bisher, dass das ein guter Erfolg für uns und unsere Landesvertretung, unsere Landesregierung und für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war.

Das, was so leicht und locker erscheint an dem Abend, bedarf monatelanger Vorbereitung. Es ist wirklich viel Micromanagement zu leisten gewesen, insbesondere die Überlappung mit dem Ministerpräsidenten. Das ist alles auch unter Sicherheitsgesichtspunkten für uns eine große Herausforderung gewesen. Je weniger man gestern davon gemerkt hat, desto mehr Hintergrundarbeit war da notwendig und ist getan worden. Ich glaube, wenn man mal von dem Kriterium Promidichte ausgeht, da haben wir doch schon hier einige Maßstäbe gesetzt. Insofern denke ich, wenn wir als Landesregierung und als Landesvertretung davon profitieren konnten, dann hat sich der ganze Einsatz gelohnt.

Die meisten von Ihnen kenne ich. Ich habe dieses Amt ja schon einmal ausgeübt. In trauter Rotation mit Herrn Stein haben wir jetzt über drei, vier Legislaturperioden hinweg dieses Amt immer übergeben. Ich habe immer zu Herrn Stein gesagt: Wir sind die wahren Grünen, die das Rotationsprinzip noch ernst nehmen. Ich glaube, für die Landesvertretung selber hat diese Art der Kontinuität auch durchaus Früchte getragen. Aber ich kann alle, die sagen, jetzt reicht es aber auch mal, beruhigen: In der Tat, diese Rotation wird nach Ende meiner Amtszeit dann auch nicht mehr fortgesetzt werden. So viel dazu.

Ich wollte Ihnen einmal einen kurzen Überblick geben über dieses Gebäude und zeigen, wie wir sozusagen in den Stand gesetzt worden sind, um jetzt hier tagen zu können. Ich möchte Ihnen ein paar Fotos zeigen, wie es hier vor ein paar Monaten ausgesehen hat.

Ich gebe Ihnen ein paar Impressionen aus der letzten Zeit unten aus den Räumlichkeiten. Da sehen Sie: Hier ist wirklich kein Stein auf dem anderen gelassen worden. Es ist alles einmal umgedreht worden. Die ganze Technik – die Heizung, die Technik an sich – ist wirklich einmal komplett ausgetauscht worden seit dem November letzten Jahres, und die ganze Renovierung der Landesvertretung ist wirklich just in time für dieses Sommerfest beendet worden. Also, es gab, glaube ich, nur drei Stunden, in denen die renovierte Landesvertretung komplett leer war und durchgewischt war, und dann kamen die Münsteraner und haben sofort wieder ihre Sachen für gestern Abend daraufgesetzt. Das war wirklich just in time, wie man sich das vorstellen kann.

Hier sehen Sie Tische, die da eingewickelt worden sind, sieht eher aus wie eine Kunstausstellung. Und das hier war dann eines Morgens, als wir in die Vertretung kamen. Da war plötzlich ein kleiner Fluss und ein See bei uns unten im Raum Beethoven, wo

wir gestern gefeiert haben. Da war ein Wasserrohrbruch, und so sah es dann morgens aus. Die Bauarbeiter und wir waren gleichermaßen erstaunt. Sie können sich vorstellen, was das noch für Arbeit bedeutet hat, um das auch wieder hinzubekommen.

Hier sind noch ein paar kleine Impressionen, Material, was über Monate da lag, Kabelage und so weiter. Dann wurde der Schutt abtransportiert, das war es dann, glaube ich. – Das sieht jetzt so aus, als wenn das eine teure Angelegenheit gewesen ist, und die war es auch. Allerdings hat es den Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen keinen Cent gekostet. Sie kommen aus Düsseldorf, Sie kennen die Bauvorhaben der Landesregierung dort und wissen, dass das dort auch vielleicht nicht so wie gewünscht läuft. Hier haben wir tatsächlich vor einer Situation gestanden: Die Räumlichkeiten waren wirklich in keinem guten Zustand, und der damalige Ministerpräsident Herr Laschet hatte erwogen, eventuell dieses Domizil zu verlassen und sich etwas anderes zu suchen. Ihm schwebte ein bisschen so etwas vor, wie die Bayern haben. Ob da jemals der NRW-Haushalt das Geld dafür zur Verfügung gestellt hätte, lassen wir mal dahingestellt sein.

Auf jeden Fall sprach sich das bis zu unserem Eigentümer rum, und der hat dann Angst gehabt, dass ihm die Cash Cow NRW-Vertretung verlorengehen könnte. Nachdem wir jahrelang mit ihm immer wieder über kleine Renovierungen gestritten haben, kam er dann und sagte „okay, was braucht ihr, damit ihr hierbleibt?“ Und dann haben wir lange mit ihm verhandelt und wirklich ein sehr tolles Verhandlungsergebnis dabei raushandeln können. Nur, um Ihnen mal ein paar Zahlen zu nennen: Wir haben hier bisher eine Jahresmiete von ungefähr 960.000 Euro. Die hat er reduziert auf ungefähr 800.000 Euro im Jahr. Wir haben für die Renovierungsphase eine zweijährige Mietbefreiung bekommen, die also jetzt schon seit anderthalb Jahren läuft, und er hat Investitionen ungefähr in Höhe von 1,6 Millionen Euro selber in die Hand genommen.

Wir haben mit ihm vereinbart, dass die Laufzeit des Vertrages noch mal um zwölf Jahre verlängert wird. Dann kann man sich das ja hochrechnen. Aber das war schon mehr, als wir am Anfang erhofft hatten. Dann haben wir tatsächlich noch ein bisschen eigenes Geld in die Hand genommen, um diese Technik für Videokonferenzen und Präsentationen und so weiter hinzubekommen. Aber das war auch dringend notwendig. Sie wissen ja, wir haben hier nicht nur die Veranstaltungen aus NRW, sondern wenn jemand anfragt, stellen wir auch Räumlichkeiten zur Verfügung gegen ein gewisses Entgelt, weil wir ja gewisse Dienstleistungen neben den Räumlichkeiten auch liefern. Da müssen wir natürlich auch ein bisschen auf dem Markt mithalten. Jetzt können wir diese Technik unten und oben hier anbieten. Wir sehen es auch schon in unserem Veranstaltungskalender für das nächste Jahr: Wir sind im Grunde schon wieder ausgebucht.

Wir haben seit Ende November letzten Jahres keine größeren Veranstaltungen machen können. Wir hatten ein, zwei, da sind wir aber in befreundete Landesvertretungen oder in externe Räumlichkeiten hier in Brüssel gegangen. Und jetzt fängt mit gestern Abend das normale Geschäft wieder an. Wir sehen es an den Buchungszahlen, dass wir über mangelnde Arbeit da in nächster Zeit nicht zu klagen haben. So viel zu dem Zustand dieser Räumlichkeit. Dadurch, dass das jetzt alles einigermaßen im Zeitplan geblieben ist, ist das für uns eine erfreuliche Geschichte.

Als ich meinen wiederholten Dienst hier am 1. November angetreten habe, wurde auch die Landesvertretung geschlossen. Das war sozusagen das kleine Abschiedsgeschenk von Herrn Stein an mich damals. Wir mussten dann in Ausweichquartiere in den dritten Stock ziehen und hatten da alle ein Großraumbüro. Wobei ich sagen muss: Für den Zusammenhalt des Teams hier war das eigentlich ganz gut, eine Zeit lang so eng aufeinanderzusitzen. Nach Corona – das wissen Sie alle aus Ihren Arbeitsbezügen – sind wir alle ein bisschen auseinandergefloatet, und der Zusammenhalt war nicht mehr so groß da. Dadurch, dass wir alle gezwungen waren, morgens auch beim Chef vorbeizugehen, weil der mittendrin saß, war das für uns alle eine akzeptable Erfahrung. Jetzt haben wir, wie gesagt, wieder unsere Büroräumlichkeiten, und es ist damit auch überwunden.

Noch ein paar allgemeine Worte von meiner Seite. Ich glaube, Sie haben in den letzten Tagen oder auch gestern – wir werden es gleich noch mal hören – die großen politischen Schwerpunktthemen kurz erörtert. Sie haben alle mitbekommen: Die Ministerpräsidentenkonferenz hat gestern im Kaminformat getagt, tagt heute mit fünf oder sechs EU-Kommissarinnen hier in der ständigen Vertretung in Brüssel. Es wird zum Abschluss eine sogenannte Brüsseler Erklärung verabschiedet werden. Die geht jetzt ja auch schon durch die Medien, das Handelsblatt und die Süddeutsche zitieren schon daraus.

Da gibt es natürlich so ein paar markante Punkte: Der Industriestrompreis ist hier jetzt ganz groß angekommen als Thema, insbesondere aus Deutschland transportiert. Dann hat gestern auch noch ein Vierbeiner für Furore gesorgt hier in Brüssel: Der Wolf ist im EU-Viertel imaginär erschienen in Form von der angekündigten Demonstration von Schafzüchtern vor der niedersächsischen Landesvertretung. Da war eine Abordnung von thüringischen, deutschen Schafzüchtern, die die Gelegenheit genutzt haben, um die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten jeweils auf ihr Thema einzuschwören. Auch Frau von der Leyen ist, wie Sie vielleicht wissen, persönlich Betroffene: Ihr Lieblingspony wurde im September Opfer einer Wolfsattacke: Ich habe immer gesagt, der Wolf hat einen großen Fehler gemacht, dieses Pony hätte er am Leben lassen sollen, denn jetzt geht es ihm tatsächlich an den Kragen. Frau von der Leyen hat vorgestern schon eine neue Linie der Kommission verkündet, dass man jetzt die Entnahmen erleichtern will.

Auf jeden Fall sorgt diese Brüsseler Erklärung, wenn sie nicht schon bekannt ist – offiziell wird sie erst heute verabschiedet –, tatsächlich für sehr viel Aufmerksamkeit hier in Brüssel, was ja uns Ländern nicht immer so gelingt. Auch die Ministerpräsidentenkonferenz, letztmalig waren die 2018, glaube ich, hier, hat selten so eine Aufmerksamkeit erreicht, wie es jetzt in diesen Tagen gelingt. Insofern sind wir Länder hier gerade politisch sehr präsent. Wir müssen mal schauen, wie das mit der Kommission weitergeht.

Diese Aufmerksamkeit, die wir gerade erzielen, hängt natürlich auch damit zusammen, dass der Wahlkampf hier begonnen hat. Die Europawahlen im nächsten Juni werfen ihre Schatten voraus. Alles, was jetzt politisch noch entschieden oder angegangen wird, muss man auch immer ein bisschen vor dem Hintergrund einer nächsten Kommissions-

präsidentschaft sehen, aber natürlich auch der Wiederwahlchancen aller Abgeordneten, die sich da haben aufstellen lassen oder aufstellen lassen wollen.

Ich wollte abschließend noch auf ein Thema eingehen, und zwar die Frage, wie wir als Länder unsere Interessen effektiv durchsetzen können. Das ist ja auch immer wieder Thema. Wir haben jetzt ein schönes Beispiel, weil immer wieder gefragt wird: „Könnt ihr nicht mal benennen, wo ihr Länder da mit eurem ganzen Aufwand, den ihr hier in den Landesvertretungen betreibt, Einfluss habt nehmen können?“, was dann dafür steht, welche Arbeit wir hier machen. Sie kennen alle das Medienfreiheitsgesetz, das die Kommission aufgelegt hat. Wenn es um Medienkontrolle und Medienfreiheit geht, dann sind natürlich in Deutschland die Länder gefragt. Da standen nun mal einige Dinge drin, die unser System, so wie wir es im Föderalismus in Deutschland haben, durchaus hätten gefährden können. Deshalb haben wir da natürlich versucht, auf allen Ebenen zu lobbyieren und Einfluss zu nehmen, was uns unterm Strich, glaube ich, auch gut gelungen ist.

Da kann man jetzt andere Instrumente erwähnen. Zum Beispiel habe ich, bevor ich wieder hierherkam, vier Jahre im Ausschuss der Regionen gearbeitet, das meist unterschätzte Organ hier in Brüssel. Aber an der Stelle, muss ich sagen, haben wir das wirklich sehr gut genutzt. Herr Speich ist Mitglied im Ausschuss der Regionen. Herr Engstfeld ist unser zweites Mitglied, aber Herr Speich ist Berichterstatter gewesen beim Medienfreiheitsgesetz. Da konnten wir dieses Instrument „Ausschuss der Regionen“ wirklich nutzen, um unsere Haltung, unsere Position zu transportieren hin zum Rat, hin zum Parlament, in die Kommission. Das orchestriert mit dem Bundesratsverfahren in Berlin. Mit diversen anderen Aktivitäten haben wir jedenfalls zeigen können, dass wir in der Lage sind, auch manchmal in Konkurrenz zum Bund, hier für unsere Inhalte zu kämpfen.

Der Ball liegt auf der Seite des Parlaments beim Medienfreiheitsgesetz, und die Beratungen gehen da jetzt weiter. Aber immer, wenn Sie mal gefragt werden „gibt es ein Beispiel?“: Ich würde am liebsten meinen Doktoranden daran setzen, mal genau aufzuschreiben, wie dieses ganze Verfahren gelaufen ist, denn es ist ein schönes Beispiel dafür, wie wir, wenn es um die Länderkompetenzen durch Regulierung hier in Brüssel geht, uns sozusagen wehren können, aber auch konstruktiv diese Prozesse in unserem Sinne begleiten können. Das wollte ich noch mal als ganz aktuelles Beispiel hier benennen.

Falls noch Fragen da sind, stehe ich natürlich gerne zur Verfügung. – Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen lieben Dank, Herr Steffens. Danke auch noch mal explizit für die Gastfreundschaft, für das nette Sommerfest und für die Erklärungen heute. Liebe Grüße an das komplette Team vom Ausschuss! Mit Blick auf die Uhr: Wenn es richtig urgent jetzt Nachfragen gibt, dann lasse ich die zu. Wenn nicht, würde ich sagen, machen wir weiter. Gibt es dringenden Fragebedarf? – Das sehe ich nicht. Dann ganz lieben Dank.

2 Gespräch mit Herrn Jan Hendrik Dopheide, Europäische Kommission

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Wir begrüßen Herrn Dopheide. Schwerpunktthema ist: Wo stehen wir gerade in den Beziehungen zum Vereinigten Königreich? Wir alle haben ja diese historische Zäsur erleben dürfen. Ich habe schon im Vorgespräch gesagt, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen aufgrund unserer Geschichte, wirtschaftlichen Verflechtungen und auch militärischer Präsenz der britischen Streitkräfte als das „britische Bundesland“ empfinden. Da wir ja auch im Parlament eine eigene Enquete-Kommission zum Thema „Brexit und die Folgen für NRW“ hatten, beschäftigt uns das Thema natürlich immer noch. Ein paar Aspekte haben auch Niederschlag im Koalitionsvertrag gefunden, das, was in der Enquete als Ergebnis rausgekommen ist, und wie man „Friendship 2.0“ – die Verflechtungen und Verbindungen – unter anderen Rahmenbedingungen aufrechterhalten kann.

Ich bin sehr dankbar, dass Sie gekommen sind und uns das aus der Kommissionsperspektive jetzt noch mal nahelegen. Vielleicht bekommen wir einen 10-Minuten-Input von Ihrer Seite und haben dann Möglichkeit zur Nachfrage und Diskussion. Wenn Sie außer dem, was wir jetzt alle wissen, dass Sie aus OWL kommen, noch mehr zu Ihrer Person am Anfang sagen wollen, dann sehr gerne. Bitte schön. Sie haben das Wort.

Jan Hendrik Dopheide (Europäische Kommission): Das mache ich sehr gerne. Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass ich hier sein kann. Noch mal vielen Dank für die Einladung, es war ein wirklich großartiger Abend gestern.

Ich bin Jan Dopheide, ein Landeskind aus Bad Oeynhausen, Montgomerys Hauptquartier direkt nach dem Krieg, und in der Tat auch mit BFBS aufgewachsen. Ich persönlich bin dem Vereinigten Königreich kulturell immer sehr verbunden gewesen und bin es natürlich auch weiterhin. Trotzdem ist die Situation anders.

Zu meinem Hintergrund noch: Ich bin erst seit drei, vier Monaten in der Europäischen Kommission als Zeitbediensteter im Kabinett des Exekutiven Vizepräsidenten Šefčovič, der die UK-Beziehungen seit etwas länger als drei Jahren verantwortet. Ich bin aber schon seit dreieinhalb Jahren hier in Brüssel. Eigentlich bin ich ein Bundesbeamter und gehöre seit 20 Jahren zum Auswärtigen Amt. Ich bin zum zweiten Mal in Brüssel, war Kollege auch von Rainer Steffens in der Ständigen Vertretung von 2006 bis 2010, bin seit 2020 wieder hier ab Tag eins mit dem TCA, dem EU–UK Trade and Cooperation Agreement, befasst. Das Austrittsabkommen mit dem Nordirlandprotokoll kam dann ein Jahr später zurück, weil die Briten das Nordirlandprotokoll nicht umgesetzt haben. 2020 haben wir uns in jeder Richtung mit dem TCA befasst.

Ich habe also seit dreieinhalb Jahren einen relativ tiefgehenden, umfassenden Einblick in dieses Thema gewonnen. Das war auch der fachliche Hintergrund. Als dann mein Kollege, der vorher Berater des Vizepräsidenten war, gegangen ist, wurde ich gefragt, ob ich dorthin wechseln möchte. Es ist eine großartige Möglichkeit für einen mitgliedsstaatlichen Beamten, an der Arbeit der Kommission teilzunehmen.

Ich war schon einmal vor 15, 16 Jahren in der Kommission als sogenannter „abgeordneter nationaler Sachverständiger“ tätig, aber man entdeckt auch immer neue Themen. Es ist tatsächlich sehr interessant, weil die Kommission institutionell etwas früher an den Dingen dran ist und natürlich auch direkt mit den Briten Kontakt hat.

Ich war letzte Woche zu meinem Antrittsbesuch in London und vor allem auch zum ersten Mal in Nordirland. Es ist schon sehr interessant, zu sehen, was das bedeutet, was wir als Beamte oder alle gemeinsam machen. Wenn man zum Beispiel in London ist – ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal da waren –: Es ist unmöglich, dort nicht auf einen EU-Staatsbürger zu treffen. Es gibt sechs Millionen EU-Staatsangehörige im Vereinigten Königreich. Egal in welchen Dienstleistungsbereich – Hotel, Pub, Überfahrer – Sie unterwegs sind: Sie werden auch auf EU-Staatsangehörige treffen. Wir haben im Austrittsabkommen diesen Bereich „Rechte der Bürger“. Das ist nie politisiert worden, das ist auch sehr gut. Aber es ist trotzdem immer noch auf unserem Radar als Kommission und auf dem Radar der Mitgliedstaaten, verbleibende Probleme, die es dort im britischen System gibt, anzusprechen und möglichst zu lösen.

Umgekehrt haben wir natürlich britische Staatsangehörige in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen. Das läuft in Deutschland und in den anderen EU-Mitgliedsstaaten eigentlich sehr gut. Natürlich spricht aber auch die britische Seite auftretende Probleme gegenüber der Kommission an. Dies sind aber eher Einzelfälle, die UK bewusst aufgreift, und ist nicht zu vergleichen mit systemischen Fragen im Vereinigten Königreich, die dort zum Teil mehr als zwei Millionen EU-Bürger betreffen.

Die Beziehung zum Vereinigten Königreich war auf Beamtenebene – viele haben vorher in Brüssel gearbeitet – nie ein Problem. Unter den Premierministern Johnson und auch Truss war es aber oftmals so, dass man unter den Beamten ein gemeinsames Verständnis einer Problematik erzielt hat, und danach kam ein ziemlicher Hammer aus dem Vereinigten Königreich. Ich würde sagen, der absolute Tiefpunkt war vor etwas mehr als einem Jahr die sogenannte Northern Ireland Protocol Bill. Das war im Prinzip ein britischer Gesetzentwurf, wonach man einseitig aus dem Nordirlandprotokoll aussteigt.

Nur zur Erinnerung: Das Nordirlandprotokoll ist Teil des Austrittsabkommens, und das ist keine Kleinigkeit. Es ist neben Rechten der Bürger der zentrale Eckpfeiler dieses Austrittsabkommens, weil wir in Nordirland eine besondere Situation haben. Sie kennen die schwierige Geschichte. Es hat sehr gut getan, dass sowohl Irland als auch Nordirland gemeinsam in der EU waren, weil dies entscheidend dazu beitrug, die Grenze nach dem Karfreitagsabkommen vor 25 Jahren offenzuhalten. Das Karfreitagsabkommen betrifft auch den Aspekt der Identität. Das Schwarz-Weiß-Denken, das zum Bürgerkrieg beigetragen hat, wurde aufgelöst: Ob jemand sich eher als Ire oder als Brite fühlt, muss er oder sie danach nicht so genau bekennen. Außerdem konnten durch die gemeinsame Mitgliedschaft Irlands und des Vereinigten Königreichs in der EU Waren und Dienstleistungen frei gehandelt werden, was generell zum Wohlstand beiträgt. Deshalb war es eine Hauptpriorität der EU, diese Hard Land Border auf der irischen Insel zu vermeiden und die Früchte des Karfreitagsabkommens zu erhalten. Und das war der Sinn des Nordirlandprotokolls.

Da wir aber hier Zollfragen, SPS-Fragen haben, muss an einer anderen Stelle kontrolliert werden. Es heißt immer „in der irischen See“. Faktisch sind das die Eingangshäfen nach Nordirland oder der Flughafen. Dann hat die britische Regierung, unser Vertragspartner, dies nicht umgesetzt, und damit hatten wir ein massives Problem. Das ist dann auch auf die andere Seite übergeschlagen, auf die Aspekte, die im TCA – oder HKA auf Deutsch; Handelskooperationsabkommen – vereinbart waren, nicht zuletzt Horizon Europe.

Ich weiß nicht, ob Sie heute Morgen die Presse verfolgt haben. Das ist wirklich ganz frisch. Die Briten werden jetzt mitmachen bei Horizon Europe. Es ist nicht ganz genau die Vereinbarung aus dem TCA. Das waren Protokolle, die noch überführt werden mussten. Wir als EU haben gesagt: Wenn das Nordirlandprotokoll nicht vollständig umgesetzt wird, dann ist dies politisch gesehen nicht der richtige Augenblick, das Vereinigte Königreich mit unseren kostbarsten EU-Forschungsprogrammen zu assoziieren, von denen beide Seiten, also auch das Vereinigte Königreich, sehr profitieren. Das war Konsens zwischen Kommission und Rat.

Ich komme jetzt zum Windsor-Framework; Sie haben das mitbekommen im Februar/März. Sicherlich hat dabei indirekt auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Rolle gespielt. Die Briten haben sich daran erinnert, auch wenn sie sich zuvor gern an der EU gerieben haben, dass Vereinigtes Königreich und EU enge NATO-Verbündete und wichtige Alliierten sind.

Der damalige EU-Botschafter in London, João Vale de Almeida, hat im April 2022 hier im EP gesagt, er habe in den paar Wochen nach dem 24. Februar 2022 besseren Zugang zur britischen Regierung gehabt als in den zwei Jahren davor. Das sagt eigentlich schon alles aus. Allerdings kam dann unter Außenministerin Truss, Premierminister Johnson und dann kurz Premierministerin Truss, wie gesagt, noch die Northern Ireland Protocol Bill. Das war alles nach dem 24. Februar 2022 und ist nur ein gutes Jahr her.

Und dann kam die Regierung Sunak. Diese besteht zwar auch aus Brexiteers, die aber gesehen haben, dass beide Seiten nichts zu gewinnen und ein massives Problem durch die Nichtumsetzung des Nordirlandprotokolls mit der EU haben, was alle anderen Beziehungen belastet – bis hin zu einem tiefgehenden Vertrauensverlust. Zum Beispiel hat man sich in Brüssel am Tiefpunkt des Verhältnisses gefragt, ob man zu bestimmten von der britischen Mission ausgerichteten Veranstaltungen gehen kann. Das fragt man sich sonst bei ganz anderen Staaten und ist extrem ungewöhnlich im Verhältnis eigentlich eng befreundeter Länder.

Das Windsor Framework bot eine Chance auf Neustart. Das Nordirlandprotokoll ist äußerst komplex, weil Nordirland im EU-Binnenmarkt für Güter gehalten wird, obwohl das gesamte Vereinigte Königreich gerade nicht in der Zollunion und im Binnenmarkt ist. Und darum herum hat man jetzt noch mal einen Rahmen gesetzt; das Windsor Framework, was das Ganze nicht einfacher macht. In den ersten paar Tagen gab es daher auch innerhalb der EU einige Fehlinterpretationen oder Verständnisfragen etwa zur Rolle des EuGH, dessen Prärogativen gewahrt bleiben.

Die EU hat schon sehr früh Angebote an die Briten gemacht, obwohl kein Partner da war, der das aufgenommen hat. Die EU hat gesagt: Wir verstehen, ihr habt mit diesem

Nordirlandprotokoll Probleme. Wir wollen, dass das für alle Gemeinschaften funktioniert, für alle Bürger, für die Wirtschaft. Wir brauchen hier aber selber bestimmte Dinge, die sind unabdingbar für unseren Binnenmarkt.

Nordirland und Irland gehören zu einem einheitlichen sogenannten SPS-Raum, der sanitäre/phytosanitäre Regeln betrifft; Das betrifft jedes Sandwich, auf dem Butter, Eier oder ein bisschen Schinken drauf ist, das von GB – meist von schottischen Lagern – verpackt nach Nordirland geliefert wird. Das ist ein SPS-Produkt.

Fleisch dürfte man eigentlich überhaupt nicht in den europäischen Binnenmarkt bringen, sofern es nicht tiefgekühlt ist wie zum Beispiel aus Argentinien. Aber ein nur so mal in den Kühlschrank gelegtes Sandwich darf man da gar nicht reinbringen. Das ist für jemanden in Nordirland oder für einen britischen Händler – also für jemanden, der Dinge nach Nordirland, in sein eigenes Land liefert – nicht leicht zu verstehen. Ein Betrieb, der aus drei Leuten besteht, hat keine Exportbeziehungen zur EU. Der weiß überhaupt nicht, was er mit einer Zollerklärung anfangen soll. Das kann man schon verstehen.

Das Windsor Framework ist um dies alles herumgebaut. Da ist die EU so weit gegangen, wie sie nur irgendwie gehen konnte. Wir haben auch unsere Stakeholder, wir haben unser Europäisches Parlament, wir haben unsere Mitgliedsstaaten. Wir haben hier jemanden, der sagt: In unserem SPS-Raum können wir nicht plötzlich eine Ausnahme machen. – Das haben wir aber gemacht, aus guten Gründen, weil das eine besondere Situation ist. Das gilt auch nur da. Das ist eine Vereinbarung, die auf britischer Vorleistung, britischen Garantien, sogenannten Safeguards beruht – warum ein Produkt auf welche Art und Weise zollmäßig und SPS-mäßig insbesondere von GB nach Nordirland gebracht werden kann.

Im Gegenzug zu diesen Garantien geben wir Erleichterungen, die nicht im Protokoll vereinbart waren. Das heißt: Wenn ihr das und das macht, wenn ihr euch als Händler registrieren lasst, müsst ihr gar keine Zollerklärung oder nur eine minimale Zollerklärung abgeben und müsst SPS-Produkte zum Beispiel etikettieren. Da steht dann nämlich drauf: „not for the EU“, auch wenn es Mozzarella ist, der aus Italien kam. Das sind alles Dinge, die vor dem Hintergrund des Gedankens entstanden sind, dass der Warenfluss Ost/West von GB nach NI, was der Hauptstrom ist, besser funktioniert, reibungsloser funktioniert als mit dem originalen Protokoll.

Schauen wir kurz auf die innenpolitische Situation in Nordirland. In der Gesellschaft gibt es nach wie vor tiefe Gräben. Allerdings verändert sich die Situation demografisch und auch politisch. Sinn Féin ist mittlerweile die stärkste Partei im Norden, zum ersten Mal in der Geschichte. Die Democratic Unionist Party, DUP, ist die zweitstärkste Kraft. Und die sind diejenigen, die nicht in die nordirische Regionalregierung eintreten wollen, die das gesamte nordirische Parlament blockieren. Die sind gewählt worden im Mai 2022, das nordirische Parlament hat aber noch nicht mal einen neuen Sprecher gewählt, weil die DUP sagt: Wir machen da nicht mit. – In Nordirland ist immer alles Konsens zwischen beiden Gemeinschaften. Die britische Regierung führt Gespräche mit den Unionisten, um zu sehen, ob sie da wieder eintreten können. Mal sehen, wie das ausgeht.

Für uns ist wichtig, dass unser Vertragspartner, das Vereinigte Königreich, sich an die Abmachungen hält. Das tun sie. Die Kolleginnen und Kollegen sind im engsten Kontakt. Die Umsetzung dieses Windsor Framework dauert bis 2025. Da sind wir mittendrin. Das läuft – würde ich sagen – gut. Da ist echte Arbeit hinter, völlig anders als das, was in dieser Phase 2021 bis 2023 passiert ist. Trotzdem muss man da am Ball bleiben. Die Kollegen sind da intensiv dran.

Das Windsor Framework war die Gelegenheit für den Neustart. Wir haben gesagt: Turn a page. – Da sind wir mittendrin. Wir sagen: Wir haben ein sehr gutes Handelsabkommen. Das ist umfassend, das ist wunderbar. Da haben wir alles vereinbart,

Bestimmte Dinge – das gehört auch zur Wahrheit dazu – funktionieren jetzt anders. Die Briten sehen zum Beispiel ein Problem für sogenannte „Touring Artists“, Es ist für britische Künstler nicht mehr so einfach, eine Tour auf dem Kontinent machen. Hierin liegt jetzt eine Dienstleistung im Sinne des Modus IV des GATS; der Künstler kommt mit seinem Instrument in die EU und gibt hier ein Konzert – das ist anders als die frühere Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt. Und wenn manche Mitgliedsstaaten eine Arbeitserlaubnis verlangen, dann ist das halt so für dieses Konzert.

Es gibt viele Punkte, bei denen die Briten gerne weiter wären. Das ist jetzt die Frage für die Zukunft. Der Punkt ist: Niemand hat ein Interesse an einem weiteren „Modell Schweiz“, in dem sich sukzessive Vereinbarungen überlagern. Wir haben die grundsätzlichen Fragen im EU-UK-Verhältnis mit dem HKA gelöst. Das ist auch unabhängig davon, welche Partei – ob Konservative oder Labour – in Großbritannien die Regierung stellt. Ohnehin bleibt abzuwarten, wie das Vereinigte Königreich bei der nächsten Unterhauswahl abstimmt.

(Vorsitzender Stefan Engstfeld: Schade, das wäre meine Frage gewesen!)

– Ja, das können wir aber auch noch mal vertiefen. Es gibt einfach Weichenstellungen. Wenn man außerhalb des Binnenmarktes ist, dann läuft das anders als als Mitglied. Das ist so. Und daran müssen sich Leute auch bei uns gewöhnen. Das ist ein sehr verständlicher Schmerz oder Phantomschmerz, wenn man sagt: Früher war es aber viel besser. – Ja, es ist keine gute Idee, aus dem Binnenmarkt, aus der EU auszusteigen. Das ist leider so. Das gehört aber auch zur Realität dazu. Wir wollen gerne mit den Briten arbeiten, diskutieren – neue Aspekte; Artificial Intelligence –, aber wir wollen das im Rahmen unserer Strukturen machen. Wir haben dieses TCA. Da gibt es 10, 20 Ausschüsse. Da kann man alles besprechen bis zur Ministerebene. Wir wollen dieses Verhältnis geordnet – das ist auch die Vorgabe der Mitgliedsstaaten – weiterentwickeln.

Horizon hatte ich genannt. Das ist ein extrem guter, wichtiger Schritt. Was bei vielen auf dem Radar ist, ist Mobilität. Das ist in schwieriges Thema; das können wir vielleicht gleich in der Diskussion vertiefen. – Das vielleicht als Einführung; das war etwas länger als ich wollte, aber so ist gerade die Momentaufnahme.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Dopheide. Ich muss ein bisschen auf die Zeit achten, weil wir auch die Chance haben wollen, zu diskutieren und nachzufragen. Aber das war ein toller Input, sehr komprimiert und wirklich sehr spannend und interessant. Ganz herzlichen Dank dafür.

Das wäre auch meine Frage gewesen, ob – in den Umfragen ist Labour gerade vorne, die müssen bis spätestens Januar 2025 wählen – da eine Veränderung ist oder ob die Europawahlen hier irgendwas verändern könnten. Ich nehme mich jetzt mal als Vorsitzender zurück, denn es gibt Wortmeldungen vonseiten der Ausschussmitglieder.

Oliver Krauß (CDU): Vielen Dank, Herr Dopheide, für den Überblick. In der Tat haben Sie einige Fragen, die wir aufgeschrieben hatten, schon beantwortet. Ich habe zwei Fragen an Sie.

Erstens. Nach dem Brexit haben einige einen Dominoeffekt befürchtet, andere haben ihn herbeigesehnt. Das ist zum Glück ausgeblieben. Welche Reformen, möglicherweise auch Vertragsänderungen halten Sie für erforderlich, um derartige Bestrebungen in Zukunft möglichst zu unterbringen?

Zweitens. Sie haben jetzt den Themenschwerpunkt „Nordirland“ gesetzt. Die Iren waren auch nach der Brexit-Entscheidung sehr aktiv, auch in Richtung Nordrhein-Westfalen. Meine Frage ist aber die: Schottland war einmal auf dem Weg unterwegs, dass man eigenständig EU-Mitglied bleiben wolle. Sehen Sie neue Entwicklungen, was Schottland anbelangt?

Jan Hendrik Dopheide (Europäische Kommission): Ja, diese Frage ist sehr berechtigt, gerade die erste. Ich glaube, man kann sagen, dass im Vereinigten Königreich selbst der hartgesottenste Brexiteer wahrscheinlich nicht behaupten würde, dass das ein Super-Erfolgsding war. Er würde sagen: Ja, wir haben das nicht komplett durchgezogen, wir wurden da gebremst, eigentlich wäre es ja ganz toll. – Wenn Sie sich ansehen, was der Brexit anrichtet: Er kostet eine ganze Menge Wohlstand. Das ist nichts, wo die EU sagt: Wir freuen uns. – Sie können das gut oder schlecht finden, aber die Gesetze der Wirtschaft können Sie nicht außer Kraft setzen. Wenn Sie soundso viel mehr Formalitäten haben und dafür zwei Leute einstellen müssen, damit sie genau wie vorher ihre Waren auf dem Binnenmarkt exportieren können, dann kostet das Geld. Und damit kostet es Wohlstand. Es gibt vielleicht Firmen, die gehen gar nicht mehr in das Vereinigte Königreich, wenn sie eigentlich für den Binnenmarkt produzieren wollen und, und, und.

Und auch einige Arbeitnehmer aus der EU, auf die eine Dienstleistungsgesellschaft angewiesen ist, etwa Lastwagenfahrer, haben gesagt: „Mir gefällt es hier nicht mehr“, oder: „Ich habe etwas Besseres gefunden.“ Dann sind die Supermarktregale leer, sie haben keine Erntehelfer mehr und, und, und.

Und es zerreißt im Prinzip ihre Gesellschaft. Die hat da ein unglaublich spaltendes Thema. In Familien ist es vielleicht gar nicht so häufig, zwischen den Generationen ist es anders. Aber Nord/Süd, Land/Stadt, London/Rest des Königreichs, Schottland/England: eine tolle Sache, wenn man seine Gesellschaft in jede Richtung polarisieren will.

Insofern zu Ihrer Frage nach einem möglichen Dominoeffekt: Es gibt auch innerhalb der EU in den Mitgliedstaaten Strömungen oder gar Regierungen wie in Ungarn, die sich gern an der EU reiben. Andererseits ist die EU attraktiv, schon durch die Gelder, die aus Brüssel verteilt werden. Ich glaube, niemand ist davor gefeit, dass in Mitgliedsstaaten Menschen in politische Verantwortung gelangen, die mit einem EU-Austritt Wahlkampf gemacht haben oder die sagen, das fänden sie gut, das sei eine gute Sache. Das müsste man sich natürlich gut überlegen. Vertraglich ist dieser Artikel 50 vorhanden, und der wird auch nicht geändert.

Die EU ist auch schon mit der Sowjetunion verglichen worden. Das ist ein absolut ungehöriger Vergleich. Jeder, der hier mitmachen möchte, ist dazu herzlich eingeladen, muss sich dann aber natürlich auch an die Regeln halten. Ich glaube, am Ende ist es vor allem auch eine Frage, wie attraktiv die EU ist.

Nun komme ich zu Ihrer Frage, welche Reformen wir angehen müssen. Die eine Sache ist, wie man die bestehenden Verfahrensregeln wahrnimmt, ob man einen Gewinn darin sieht, den Geisterfahrer zu spielen, oder ob man – eigentlich ist das der Sinn der EU – konstruktiv verhandelt und dabei einen Interessenausgleich erreicht. Wenn die EU erweitert wird, auch durch Länder, die wirtschaftlich nicht so stark sind, haben wir andere Fragen, Haushalt und so weiter. Da bin ich kein Experte, sondern kann es nur insgesamt aus der Globalperspektive beurteilen. Ich glaube, wir müssen als EU attraktiv und wettbewerbsfähig sein, und zwar nicht nur für die ärmeren Länder in Europa, sondern auch für Länder wie Norwegen, Schweiz oder das Vereinigte Königreich.

Abgesehen davon: Unsere Wirtschaft, den Kampf gegen den Klimawandel, alles, was wir machen müssen, das kriegen wir gemeinsam als Europäer besser hin. Ich glaube, das ist die Antwort darauf. Aber ich sehe hier keinen Dominoeffekt. Ich glaube nicht, dass man zum Beispiel in Frankreich mit Frexit-Bestrebungen Wahlen gewinnen kann.

Zweiter Punkt: Schottland. Tatsache ist: Es gibt diesen Landesteil im Vereinigten Königreich, der sehr proeuropäisch ist und in dem große Teile der Bevölkerung eher das Vereinigte Königreich als die EU verlassen wollen. Der First Minister hat uns besucht und gesagt: Ja, klar, wir wollen zeigen, dass wir dazugehören, dass wir Europäer sind; man hat uns gegen unseren Willen aus der EU herausgeführt.

Schottische Unabhängigkeit ist ein schwieriges Thema. Dazu habe ich als mitgliedstaatlicher Diplomat und als EU-Beamter keine Meinung. Ich glaube nicht, dass das im Moment politisch realistisch ist, schon aufgrund der veränderten innenpolitischen Situation in Schottland. Sollte eines fernen Tages ein Beitrittsantrag gestellt werden, dann müsste die EU diesen so behandeln, wie sie es bei jedem Land macht. Für Schottland würden sich angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen auf der britischen Hauptinsel dabei schwierige Fragen stellen. Das ist also keine einfache Frage. Das steht im Moment aber auch nicht wirklich im Vordergrund.

Inge Blask (SPD): Das Thema „Wasserstoff“ ist in aller Munde. Sehen Sie da Kooperationsmöglichkeiten mit dem Vereinigten Königreich oder auch Irland?

Jan Hendrik Dopheide (Europäische Kommission): Ich weiß, dass die Schotten das ganz oben auf ihrer Agenda haben. Die Schotten haben zumindest ein Abkommen mit Dänemark. Ich glaube, sie sind daran interessiert, auch mit Deutschland etwas zu machen. Ich bin aber nicht Experte genug, um zu sagen, um welches konkrete Projekt es geht. Ich kann das nur allgemein von den Regeln her beschreiben.

Wir haben im TCA eine Energiekooperation mit dem Vereinigten Königreich vereinbart. Das ist unter mehreren Aspekten wichtig, weil es beiderseits nützlich ist. Da geht es um Stromhandel, es geht auch um Aspekte der Versorgungssicherheit. Windenergie ist angesprochen worden; das ist noch mal ein besonderes Thema. Wir haben eine Nordsee-Windenergiekooperation auch mit den Briten. Da ist die EU teilweise dabei, da sind die Mitgliedstaaten betroffen. Die Briten haben die besten Standorte, habe ich mir sagen lassen, also die flachsten Gewässer, am meisten Platz, wo man große Windparks aufbauen kann. Für die europäischen Mitgliedsstaaten, auch um unsere eigenen Klimaziele als Mitgliedsstaat zu erfüllen, ist es wichtig, so eine Kooperation in Sachen „Windenergie“ mit den Briten zu haben.

Das ist im TCA alles geregelt. Wenn ein Mitgliedsstaat mit den Briten bilateral Vereinbarungen schließen möchte, ist das im Grundsatz möglich, sofern das nicht dem TCA zuwiderläuft oder abschließend geregelt ist. Da mag es jetzt andere Bereiche geben. Im Energiebereich ist das, glaube ich, grundsätzlich nicht ausgeschlossen, müsste aber auch der Kommission notifiziert werden. Es gibt auch die politisch/rechtliche Möglichkeit für die Kommission, zu sagen, aus diesen oder jenen Gründen müsste dieses oder jenes angepasst oder verändert werden. Ich weiß, dass es diese Kooperationen teilweise schon gibt. Deswegen würde ich prima facie davon ausgehen, dass das auch mit anderen Gegenden, anderen Regionen in Europa möglich ist. Aber, wie gesagt, im Einzelnen ist das in einem gewissen Rahmen festgelegt.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Unsere Wirtschaftsministerin aus Nordrhein-Westfalen war letzts in Edinburgh mit einer Delegation und hat genau diese Frage thematisiert. Ich glaube, im Bereich „Wasserstoff“ wird es noch einige Bewegungen geben.

Als Nächste hat das Wort für Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Kollegin Aymaz, die auch Vizepräsidentin des Landtags ist, bitte schön.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sie sind in Ihrem Statement schon auf viele Fragen eingegangen. Aber ich würde da noch mal herausarbeiten wollen: Ich finde diese Strategie recht gut, dass Sie sagen, es sei jetzt wichtig, darauf zu achten, dass wir nicht so ein Schweizer Modell fahren, immer wieder neue Sonderregelungen einzusetzen, sondern dass wir uns sehr wohl erst einmal um die grundsätzlichen Fragen kümmern, auch mit dem Ziel, dass es spürbar wird, was es für Konsequenzen hat, nicht mehr Teil dieses Binnenmarktes zu sein. Das finde ich nachvollziehbar und habe auch ehrlicherweise ein Stück Sympathien dafür.

Auf der anderen Seite, aber gerade in einer Zeit, wo die Attraktivität der Europäischen Union immer wieder ein Stück abhandenkommt und auch infrage gestellt wird, ist es auch wichtig, parallel eine andere Schiene zu fahren, um die europäische Idee für die Bevölkerung weiterhin am Laufen zu halten. Wie gelingt dieser Spagat? Ich glaube, es

ist in solchen Situationen die Kunst, weitere Entwicklungen in diese Richtung aufzuhalten.

Jan Hendrik Dopheide (Europäische Kommission): Das ist absolut richtig beschrieben. Das deckt sich auch mit der Frage von eben. Dieser Frage kann man sich unter unterschiedlichen Aspekten nähern. Das ist immer ein Dilemma. Es kommt immer darauf an, wie man es vergleicht.

Noch mal rückblickend auf die letzten drei, vier Jahre: Die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich waren bei uns in Europa immer zentralisiert. Das war Michel Barnier mit einer zentralen Taskforce in der Kommission. In unserem Fall war es das Auswärtige Amt, weil „Erweiterung minus 1“ ein horizontales Thema ist, das viele Bereiche betrifft. Das war wichtig, weil sonst die Tendenz bestanden hätte, die Beziehungen in den Einzelbereichen möglichst so eng zu gestalten wie sie waren, als die Briten Mitglied der EU waren. Das würde aber dazu führen, dass die Briten Rechte, sozusagen „the best of all things“, in jedem Bereich kriegen, ohne zum Beispiel Beiträge in den EU-Haushalt zu leisten. Sie würden sich sozusagen à la carte das Beste für sich raussuchen. Und das wiederum kann aus genau solchen Gründen nicht im EU-Interesse sein.

Wir haben eben über die Attraktivität der EU gesprochen. Der Brexit ist wirtschaftlich eher ein ziemliches Desaster als ein Erfolg, es ist aber nicht von vornherein ausgemacht, dass dies politisch und wirtschaftlich immer so bleibt. Das Vereinigte Königreich ist jetzt auch ein Wettbewerber direkt vor unserer Haustür, der tief in den EU-Binnenmarkt integriert war. Wenn es sich lohnt, dort eine Fabrik aufzumachen, weil das Vereinigte Königreich dort die Arbeitsregeln dereguliert und sagt: „Bei uns kann jeder so lange arbeiten, wie er möchte“ – genau das gleiche bei Klimaschutz und anderen Dingen –, dann ist das schwierig für die EU insgesamt und kann unmittelbare Auswirkungen vor allem in geografisch benachbarten EU-Regionen, etwa in Nordfrankreich haben. Ein solches „Singapore on Thames“ ist eher hypothetisch, aber unabhängig davon haben wir ja ein Level Playing Field mit den Briten vereinbart.

Was ich sagen will, ist: Niemand in der EU arbeitet mit dem Ziel, die Briten zu schädigen oder zu bestrafen für den Brexit, das ist völlig abwegig. Aber ein elementarer Grundsatz des Brexit – die Grundsätze sind vom Europäischen Rat festgelegt worden – ist das Gleichgewicht von Rechten und Pflichten. Wir haben jetzt ein Gleichgewicht von Rechten und Pflichten im TCA. Die Briten würden dieses Gleichgewicht aus ihrer Sicht gern verbessern. Oft genannt wird das Stichwort „TCA Review“, das kommt in zwei, drei Jahren. Vereinbart ist ein Review der Umsetzung des TCA, also: Was haben wir umgesetzt? Manche haben die Vorstellung, dass man dann quasi ein neues Abkommen verhandelt. Das ist aber eine irriige Vorstellung.

Ich komme noch mal kurz auf diese Labour-Ideen zu sprechen. Sie sagen: Wir wollen eine engere Handelsbeziehung, aber wir wollen nicht Mitglied im Binnenmarkt oder in der Zollunion sein. – Ich weiß nicht, wie das gehen soll. Das heißt, man muss sich irgendwann eingestehen, dass so eine fundamentale Entscheidung Konsequenzen hat. Unter dieser Prämisse kann man sehen: Gibt es Dinge, die in unserem Interesse sind, dass wir vielleicht für unsere jungen Leute wieder besseren Zugang zu britischen

Universitäten haben? Nach dem Brexit ist die Aufnahme eines Studiums an den ausgezeichneten Universitäten im Vereinigten Königreich deutlich schwieriger und teurer geworden und steht gegebenenfalls nur noch Kindern aus wohlhabenderen Elternhäusern offen.

Vielleicht gibt es da bestimmte Dinge, die in unserem Interesse wären, die man machen könnte. Da kommen Sie dann wieder auf die Gegenseite. Und da stößt man dann im Moment jedenfalls auf politische Grenzen, die zusammenhängen mit dem Konzept „take back control“ über Zuwanderung und dem Wunsch, die Freizügigkeit im EU-Binnenmarkt zu beenden. Aber das Bewusstsein ist vorhanden, dass wir enge Partner sind, dass wir natürlich auch den Austausch haben wollen. Das findet ja auch statt. London ist eine Weltstadt, von hier sind es zwei oder zweieinhalb Stunden mit dem Zug. Es ist alles sehr nah, und das soll auch so bleiben. Aber wir müssen schlicht und einfach mit einer anderen Realität umgehen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Gibt es weitere Fragen vonseiten der Ausschussmitglieder? – Das sehe ich nicht. Noch mal ganz herzlichen Dank. Das war wirklich höchst spannend.

(Beifall)

Sie wissen: Sollten wir uns im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit dem Thema weiter beschäftigen, haben Sie sich nun als Sachverständiger qualifiziert.

(Heiterkeit)

Sie werden sicherlich eingeladen. Wir sind sehr gespannt, wie sich die Beziehungen bei Beibehaltung des Gleichgewichts zwischen Rechten und Pflichten, aber gleichzeitig „take back control“ unter eventuell einer Labour-Regierungsführung weiterentwickeln.

3 Gespräch mit Herrn Janis Emmanouilidis, Think Tank EPC (European Policy Centre)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich begrüße ganz herzlich unseren nächsten Gast, Herrn Janis Emmanouilidis vom Think Tank EPC. Nicht das erste Mal in dieser Runde, auch mit NRW-Vergangenheit, haben wir festgestellt, weil er mal in Bonn gearbeitet hat. Insofern kennt er auch den Ausschuss. Waren Sie auch gestern beim Sommerfest?

Janis Emmanouilidis (Think Tank European Policy Centre): Das habe ich leider nicht geschafft. Da muss ich mich entschuldigen.

(Josef Neumann [SPD]: Deshalb hat er noch so eine gute Stimme!)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Sie haben langjährige Erfahrung als EU-Experte. Uns interessieren, deswegen sind wir sehr gespannt auf Ihren Input, die großen Linien, die gerade passieren, wie sich die Europäische Union entwickelt, und wo wir stehen. Ich würde sagen, Sie geben ungefähr zehn Minuten Input, und dann haben wir die Chance, Nachfragen zu stellen und zu diskutieren.

Wir haben uns verständigt, dass wir uns duzen. Also, Janis, the floor is yours.

Janis Emmanouilidis (Think Tank European Policy Centre): Vielen Dank noch mal für die Begrüßung, vielen Dank für die Einladung, und, wie gesagt, es ist nicht das erste Mal, dass ich mit dem Ausschuss diskutiere. Deswegen freut es mich umso mehr, dass wir heute zusammenkommen. Ich wurde gebeten, etwas zu den zentralen Herausforderungen zu sagen. Ich glaube, es ist ein sehr guter Zeitpunkt, um darüber zu diskutieren. Wir stehen kurz vor den EP-Wahlen. Die neue strategische Agenda des Europäischen Rats muss dann bestimmt werden, die Prioritäten der nächsten Europäischen Kommission. Da macht es definitiv Sinn, sich über die zentralen europapolitischen Herausforderungen Gedanken zu machen. Wir machen das auch am EPC, da wir uns auf den neuen, kommenden Zyklus vorbereiten.

Was ich jetzt machen könnte: Ich könnte Ihnen eine lange Liste an Herausforderungen präsentieren. Einmal sind das Herausforderungen, die im Kontext der fundamentalen Transformationsprozesse stehen, die wir erleben. Und damit meine ich nicht nur green und digital, sondern auch Demografie, Economic Security ... Es sind Transformationsprozesse von besonderer Tragweite, die stattfinden. Ich könnte eine Liste machen an konkreten Herausforderungen: Energie, Inflation, Beihilfepolitik, Energiesubventionen als Stichwort zu gestern, Industriepolitik, Migration und so weiter und so fort. Aber ich will das nicht.

Ich will Ihnen nicht eine lange Liste präsentieren, sondern ich habe mir überlegt, dass ich auf vier zentrale strukturelle systemische Herausforderungen eingehen möchte, diese Ihnen präsentiere – es wird höchstwahrscheinlich eher 15 Minuten dauern als zehn –, dann haben wir hoffentlich genug Zeit, es zu diskutieren und auch auf jegliche Einzelbereiche einzugehen, die Sie besprechen wollen. Ich werde als Thinktanker

natürlich an der einen oder anderen Stelle auch meine eigenen Handlungsempfehlungen mit einbauen – ich kann das nicht anders, es liegt in der Natur meiner Tätigkeit –, und ich werde so offen und ehrlich sein, wie ich nur kann, da wir unter uns sind.

Ich glaube, die erste zentrale Herausforderung, und das kommt definitiv wohl nicht als Überraschung, ist, dass wir mehr als anderthalb Jahre nach der russischen Invasion in der Ukraine meines Erachtens noch kein ausreichendes gemeinsames Verständnis innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Folgen der Zeitenwende haben. Ich ergänze jetzt immer noch „europäische“ und „globale Zeitenwende“. Denn wenn man den Begriff hier und auch in anderen Mitgliedsstaaten nutzt, wird oftmals damit verbunden „Zeitenwende im deutschen Kontext“. Aber es ist natürlich wesentlich mehr als nur eine deutsche Zeitenwende.

Ich bin kein Militärexperte, aber meine persönliche Perspektive ist, dass sich die Situation kurzfristig in der Zukunft nicht verbessern wird. Ich gehe eher davon aus, dass dieser Konflikt länger anhalten wird mit vielen Ups and Downs, mit vielen Überraschungen und dass es für beide Seiten schwierig ist, einen Kompromiss untereinander zu finden. Aus der Perspektive von Putin ist es höchstwahrscheinlich auch der Gedanke, dass er nur den längeren Atem haben muss und auf die Schwächen des Westens warten muss. Ob das stimmt oder nicht, möchte ich nicht diskutieren. Ich gehe bloß davon aus: Dieser Konflikt wird noch weiter anhalten. Ich glaube, dass uns die Tragweite dieser Zeitenwende noch nicht vollkommen bewusst ist. Zumindest in vielen Diskussionen, die ich in Brüssel, aber auch in den Mitgliedsstaaten führe, habe ich diesen Eindruck.

Es ist nicht nur eine neue Phase der Permakrise, wie wir sie am EPC beschreiben, sondern es ist im Grunde genommen eine neue Ära, in der wir leben. Vor allem in Diskussionen in Westeuropa habe ich den Eindruck, dass wir uns noch nicht dessen bewusst sind, was das bedeutet, dass wir nicht uns klar sind, dass im Grunde genommen alle Politikbereiche davon betroffen sind. Es geht hier nicht nur um Geopolitik oder Geoökonomie, sondern es geht auch um politische Konsequenzen der unterschiedlichsten Natur, globale Unordnung, die wir als zentrales Wesensmuster vor uns haben. Ich glaube, wir sind uns dieser zentralen Herausforderung im Grundsatz noch nicht bewusst.

Ich habe die Befürchtung, dass wir uns in der Zukunft in einem Moment wiederfinden werden, wo wir uns fragen werden, genauso wie wir uns gefragt haben, warum wir nicht die Lehren von 2008, von 2014 gezogen haben, dass wir eventuell nicht die Lehren von 2022 ausreichend gezogen haben. Das ist meine Befürchtung. Wenn ich sage, dass das in einigen Jahren sein könnte, dann sagen mir Kollegen, es könnte auch früher kommen. Die US-Wahlen sind sicherlich ein Moment, der dazu beitragen könnte, dass wir uns die Frage stellen: Haben wir uns ausreichend vorbereitet auf die Konsequenzen des Krieges in der Ukraine?

Haben wir genug getan? Ich glaube, es ist eine gemischte Bilanz. Auf der einen Seite waren wir schneller, waren wir entschlossener, waren wir vereinter in unserer Reaktion auf den Krieg in der Ukraine. Wir haben Dinge getan, die wir vor zwei, drei Jahren noch definitiv als unmöglich erwartet hätten. Aber gleichzeitig, glaube ich, ist es nicht die Zeit, um uns selbst auf die Schulter zu klopfen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen noch

mehr tun, um der Zeitenwende gerecht zu werden. Da sehe ich leider, dass es hier fundamentale Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten bei fundamentalen Fragen des Umgangs mit der neuen Situation gibt. „Wie gehen wir um mit Moskau?“, da gibt es zentrale Unterschiede zwischen EU 27. Bei der Frage des Beitritts der Ukraine gibt es zentrale Unterschiede.

Bei der Frage, welche Rolle die EU künftig spielen soll, wenn es um die Verteidigung der Sicherheitsinteressen Europas geht, und auch bei der Frage, was die Konsequenzen dieser Krise auch für unser Verhältnis zu China sind, bei all diesen zentralen Fragen, ich hätte die Liste noch erweitern können, haben wir sehr unterschiedliche Positionen. Diese unterschiedlichen Positionen zwischen den EU 27 und auch innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU 27 führt dazu, dass es uns teilweise schwerfällt, jetzt Entscheidungen zu treffen, die eine gewisse Ambitionsreichweite haben. Langfristig, glaube ich, führt es auch dazu, dass wir nicht in der Lage sind, uns darauf zu verständigen, was unsere gemeinsamen langfristigen Interessen und damit Ambitionen sind. Und das ist angesichts dessen, was wir 2024 vereinbaren müssen – ich habe bereits über die strategischen Prioritäten der Kommission gesprochen –, eine Herausforderung.

Die zweite zentrale Herausforderung, die damit zusammenhängt, ist, dass wir anscheinend nicht bereit sind, einen Bruch zu machen mit altem Denken, mit alten Rezepten. Wir sind nicht bereit, Tabus zu brechen. Wir haben in der Vergangenheit auf die unterschiedlichen Phasen der Permakrise – wir sind seit zehn, 15 Jahren in unterschiedlichen Krisen, wir haben von Polykrise in der Vergangenheit gesprochen – in einer Art und Weise geantwortet, dass wir ambitioniertes Durchwurschteln – so würde ich es beschreiben – betrieben haben. Wir sind so weit gegangen wie nötig, um zu verhindern, dass die Situation außer Kontrolle gerät, aber sind nicht weitergegangen als das.

Ich glaube, es war in der Vergangenheit ein Fehler und es ist diesmal umso mehr ein Fehler ist, da es um Fragen von Krieg und Frieden geht, wenn wir an nächste Generationen denken, umso mehr. Also habe ich die Befürchtung, dass wir in diesem alten Denken verhaftet sind und dass wir keine fundamentalen strategischen Neubestimmungen unseres Denkens und auch unseres Handelns vornehmen.

Lassen Sie mich auf einige Beispiele eingehen. Erweiterung: Ich glaube, Erweiterung ist erneut ein strategischer Imperativ. Es ist nicht die Frage ob, sondern es ist die Frage wie, wann und unter welchen Umständen die Europäische Union sich erweitert. Im Zuge des letzten Jahres ist Erweiterung mehr zum Thema geworden. In vielen Diskussionen, die man führt, wird Erweiterung an oberster Stelle angeführt. Aber auf der gleichen Seite sehe ich, dass viele Akteure es immer noch nicht wahrhaben wollen, dass die EU sich mit allen Konsequenzen erweitern wird. Es gibt leider auch Zynismus auf vielen politischen Seiten, nach dem Motto „die Sache wird sich von selbst erledigen.“ Denn die Staaten, die Mitglieder der Europäischen Union werden wollen, haben viele Transformationsherausforderungen vor sich stehen. Wenn der eine oder andere, vor allem die Ukraine, dessen nicht Herr werden, wird sich diese Frage der Erweiterung nicht stellen. So denkt der eine oder andere. Ich glaube, das ist das falsche Denken, nicht, weil ich prognostizieren will, wie der Erweiterungsprozess vorangeht, wie der

Transformationsprozess in den einzelnen Ländern vorangeht, sondern weil ich glaube, wir setzen dadurch die falschen Zeichen, sowohl nach innen als auch nach außen.

Der zweite Punkt, eng damit verbunden, sind Governance-Reformen. Vor zwei Jahren hätte ich hier gesessen und Ihnen gesagt, es ist schwierig, die EU strukturell systemisch zu reformieren. Wir haben Opposition auf Seiten der EU-Mitgliedsstaaten. Das ist weiterhin der Fall. Aber ich glaube, wir können uns diesen Luxus nicht mehr erlauben. Wir müssen die EU vorbereiten, dass sie jetzt in schwierigerem Fahrwasser operiert, auch in unterschiedlichen Politikbereichen, auch bei der Frage, wie sie mit der Erweiterung der Europäischen Union umgeht. Ich glaube, wir haben immer noch diese Vorstellung, wenn es so weit kommt, dass wir uns reformieren müssen, dann werden wir das tun. Viele Mitgliedsstaaten glauben, das ginge auf der Basis des Lissaboner Vertrages. Es ist sehr viel möglich auf der Basis des Lissaboner Vertrages. Ich glaube aber, dass das bei Governance-Reformen dennoch etwas zu kurz springen könnte. Das Europäische Parlament wird in den kommenden Wochen sehr ambitionierte Vorschläge auf den Tisch legen – vielleicht zu ambitioniert, wenn man das politisch-taktische Element noch mit einbezieht –, aber eine Reform der EU in einem Guss, in einem Aufwasch, es kann sein, dass das nicht möglich sein wird.

Wenn wir uns zurückerinnern an die letzte große Erweiterung, da mussten wir durch den Nizza/Amsterdam Verfassungsvertrag durchgehen, um zu Lissabon zu kommen. Wer sagt uns, dass wir diesmal in der Lage sein werden, in einem Aufwasch die EU so zu reformieren, dass sie auf die neue Realität und eventuell auch eine Erweiterung vorbereitet ist? Es stellt sich die Frage, wie man Kompromisse finden kann. Ich sehe da momentan, dass wir uns da in einem Engpass befinden, dass wir nicht vorankommen.

Wir haben letztes Jahr – das ist eine Highlevel-Group, die sich im Kontext der Zukunftskonferenz mit diesen Fragen beschäftigt hat – vorgeschlagen, dass es eine Wise Woman's Group geben sollte, die Vorstellungen unterbreiten sollte, was die zentralen Reformnotwendigkeiten sind, die auch Überlegungen zu dem Reformprozess anstellen sollte. Aber das materialisiert sich nicht, weil die zwei Seiten, die einen, die glauben, wir müssen die EU fundamental reformieren, und die anderen glauben, Lissabon reicht, nicht in der Lage sind, einen Kompromiss zu schließen. Das ist ein Problem.

Der Bereich der Verteidigung ist natürlich ein Bereich, wo wir immens weiterkommen müssen. Da hat sich auch einiges getan. Auch die Ausgaben vonseiten der Mitgliedsstaaten haben sich erhöht. Die NATO hat sich erweitert. Aber ich glaube, dass auf der anderen Seite die Koordination unter den EU-Mitgliedsstaaten bei Weitem noch nicht ausreichend ist. Sogar die European Defense Agency mahnt das in ihren eigenen Berichten an, und die ist vorsichtig, wenn sie diese Dinge analysiert.

Und auch, wenn man nationale Reformbemühungen, den Verteidigungsbereich – und damit meine ich auch mein Mutterland, unser Mutter-/Vaterland – ansieht, ist das, was geschieht, auf dem Papier positiv. In Realität aber hinkt es dem hinterher, was getan werden muss.

Dann möchte ich als letzten Bereich das Verhältnis zu China erwähnen. Ich glaube, dass wir uns der Konsequenzen dessen, was wir im Jahre 2022 erfahren haben, der

Tragweite von Veränderungen für unsere Gesellschaften und für unsere Wirtschaften nicht bewusst sind, auch im Verhältnis mit China. Die Dinge gehen voran. Ich glaube, dass auch das De-Risking-Bild von Ursula von der Leyen, das sie in einer Rede beim UPC zum Ausdruck gebracht hat, in die richtige Richtung weist. Wenn man aber etwas tiefer gräbt und sich die Frage stellt, was meinen wir denn mit De-Risking?, dann sieht man, wie unterschiedlich die Positionen innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten sind, übrigens auch im Diskurs mit Wirtschaftsvertretern, wie man den Umgang mit China sieht, wie unterschiedlich da die Positionen sind. Also bei all diesen Bereichen muss man fundamental neu denken. Und ich sehe das fundamentale neue Denken leider nicht.

Die dritte Herausforderung ist für mich das Führungsdefizit. Jetzt werden einige von Ihnen sagen, ja, aber das haben wir doch schon vor zehn oder 15 Jahren diskutiert. Und das stimmt. Es ist kein neues Defizit. Aber ich glaube, das Führungsdefizit ist jetzt gravierender in seinem Ausmaß und in seinen potenziellen Folgen, wenn man die Zeitenwende und die Herausforderungen ernst nimmt, denen wir gerecht werden müssen.

Das Führungsdefizit sehen wir auf den unterschiedlichsten Ebenen, auch auf der nationalen Ebene. Wenn man einen Blick auf die EU 27 wirft – nicht in allen Mitgliedstaaten, aber in sehr vielen – werden wir sehen, dass wir oft schwache Regierungen vor uns haben. In Worten unseres Honorary Presidents Herman Van Rompuy: Schwache Regierungen führen zu einer schwachen EU. Und das stimmt, und wir haben viele schwache Regierungen. Wir sehen, dass traditionelle Parteien sehr stark unter Druck stehen von rechtsradikalen Populisten. Wir sehen, dass das eine Auswirkung auch auf der europäischen Ebene hat. Darauf komme ich gleich.

Aber auch, wenn wir Führungskoalitionen auf europäischer Ebene sehen: Das deutsch-französische Tandem ist schwer als Tandem zu bezeichnen. Die Beziehungen sind sehr angespannt, vor allem wenn sie konstruktiv und auch proaktiv sein sollen. Denn es war, wenn die EU sich verändern wollte, eine Stärke, dass die deutsch-französischen Beziehungen auch proaktiv waren. Das sind sie jetzt nicht. Sie sind geschwächt. Die französische Seite ist geschwächt, Präsident Macron ist geschwächt. Auf deutscher Seite sehen wir eine schwierige Koalitionsregierung in Berlin, die sich oftmals nicht verständigen kann. Auch die Signale, die sie in Richtung Brüssel schickt, sind nicht immer eindeutig. Und das führt definitiv zu einer Schwäche von Paris und Berlin individuell, aber auch zusammen.

Auch wenn wir eine starke deutsch-französische Achse hätten, wäre das nicht ausreichend in der aktuellen Situation. Polen ist hier ein Schlüsselakteur. Deswegen sind auch die Wahlen in Polen so von Bedeutung, wobei meine polnischen Freunde und Kollegen mir sagen, dass diejenigen, die vor einem Jahr noch erwartet haben, dass der Wechsel stattfinden wird, jetzt eher skeptisch sind, dass das der Fall sein wird. Aber Polen ist entscheidend und wird entscheidend sein.

Die nächste zentrale Herausforderung ist die letzte, auf die ich eingehen möchte. Das sind die EP-Wahlen. Da ist meine persönliche Prognose düster. Ich sehe die Gefahr einer Umkehr des Trends, den wir 2019 erlebt haben, nämlich 2019 eine erhöhte Wahlbeteiligung. Wenn wir uns erinnern: 2018 haben viele erwartet, dass die anti-EU populistischen Kräfte 2019 besonders gut abschneiden werden. Das war am Ende des

Tages nicht der Fall. Und das zentrale Momentum war die Tatsache, dass Leute der Ansicht waren, wir müssen wählen gehen. Das begünstigte traditionelle Kräfte und hat antieuropäischen, rechtspopulistischen Kräften nicht dazu verholfen, einen Aufwind zu erleben.

Heute haben wir die Situation, dass die EU im Vergleich zu 2018/2019 nicht im Zentrum des Interesses steht. 2018, 2019 haben wir diskutiert über – immer noch – Trump, über Brexit, auch noch die Folgen von Migration. Die EU stand im Zentrum des Interesses. Wenn Sie jetzt nationale Debatten – das ist in Deutschland, aber auch anderswo der Fall – verfolgen, werden Sie sehen, dass die EU nicht im zentralen Schwerpunkt von Diskussionen steht. Ich sage nicht, ob das richtig oder falsch ist oder ob das objektiv so sein sollte oder nicht. Aber in meiner Beobachtung ist das der Fall. Also könnte es tatsächlich wieder so wie in der Vergangenheit der Fall sein, dass viele sich nicht motiviert fühlen, zur Wahl zu gehen. Und das spielt natürlich all denjenigen in die Hände, die ihre Wähler mobilisieren können, und oftmals sind das die kritischen Kräfte.

Übrigens: Katargate spielt da auch noch seine Rolle. Es sind mehrere Gründe, die mit reinspielen. Aber es könnte meines Erachtens dazu führen, dass die nationale Nabelschau, die wir aktuell betreiben, dazu führt, dass bei den EP-Wahlen die Wahlbeteiligung runtergeht und die populistischen Kräfte im Europäischen Parlament zunehmen.

Jetzt könnte man sagen: Wäre das ein großes Drama? Denn am Ende gäbe es dennoch eine Mehrheit der traditionellen Kräfte im Europäischen Parlament. Ich glaube aber, dass es besorgniserregend ist, weil es auf nationaler Ebene das Signal setzen wird, dass diejenigen, die kritisch sind hinsichtlich der EU, Aufwind bekommen, dass es auch Regierungen, oftmals schwache Regierungen, unter Druck setzen könnte, vor allem bei EU-Fragen. Ich glaube auch, dass es auf der europäischen Ebene, auch wenn es im EP nicht dazu kommt, eine Mehrheit dieser kritischen EU-Kräfte gibt und das Europäische Parlament dadurch geschwächt wird.

Im Ergebnis wird es – ich gehe zurück zu meinen ersten Ausführungen – in einem Moment, wo wir die strategische Agenda, die strategischen Prioritäten neu bestimmen müssen, noch schwieriger, sowohl in einzelnen Politikbereichen Kompromisse zu finden. Die Trade-offs, die 2024 gefunden werden müssen, werden schwieriger zu finden sein als 2019.

Schauen Sie sich nur bei der Frage Green Deal und Umsetzung an, wie schwierig ist, Trade-offs zwischen den einzelnen Politikbereichen zu finden. Das wird 2024 schwieriger als 2019 sein, auch bei der Frage von strukturellen Reformen. Das heißt, wenn meine Prognose für die EP-Wahl stimmt, geht die Welt nicht unter. Ich glaube aber, dass das Signal, das davon ausgeht, sehr schwierig sein wird.

Wenn ich mich darüber mit unterschiedlichen Akteuren unterhalte, auch mit Politikern aus Deutschland, höre ich oft: Ja, aber wir können unsere Bevölkerung nicht mit dem konfrontieren, was vor der Tür steht. Ich glaube aber, dass wir diese Konfrontation suchen müssen, dass wir klarmachen müssen, was für Herausforderungen vor uns stehen, wie wichtig dadurch auch die europäische Ebene ist. Wir müssen diese Diskussionen pushen nicht, indem wir Kampagnen führen, die die Dinge verherrlichen, ganz im Gegenteil. Ich glaube, es muss vieles auf den Tisch gelegt werden, was nicht

funktioniert, was schwierig ist, aber gleichzeitig auch mit einer Prognose, mit Einschätzungen darüber, was man tatsächlich machen sollte ab 2024 und danach.

Das ist der Versuch einer skizzenhaften Darstellung dessen, was meiner Meinung nach die zentralen strategischen, systemischen und strukturellen Herausforderungen sind. Und, wie gesagt, ich bin gerne bereit, darüber zu diskutieren oder auch über einzelne Bereiche, die Sie eventuell ansprechen möchten.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank für den Input. Ich finde, es hat sich gelohnt, dich einzuladen. Ich glaube, du hast die Erwartungen erfüllt. Denn das sind diese großen Linien. Ich fand es auch gut nachvollziehbar in der Strukturierung mit den vier Hauptpunkten. Ich könnte sie alle einzeln kommentieren, mache ich aber nicht.

Ich habe eine Nachfrage und schon einige Wortmeldungen vonseiten der Ausschussmitglieder. Ich würde mal anfangen mit einer Nachfrage, und zwar: Du hast mehrfach von der „Permakrise“, wie ihr das nennt, geredet. Vielleicht kannst du noch einmal erklären, was du unter dem Begriff verstehst.

Ich würde es in der Runde machen, dass ich erst mal die Kolleginnen und Kollegen drannehme, wir einmal noch die weiteren drei Wortmeldungen sammeln, und du dann im Block wieder antwortest. – Als Erster hatte sich für die CDU-Fraktion der Kollege Krauß gemeldet.

Oliver Krauß (CDU): Ich kann direkt da anschließen, weil es nicht nur um die Polykrise geht, sondern Permakrise, beide Begriffe. Wenn Sie die Menschen nämlich fragen, „was verbinden Sie damit?“, werden Sie unterschiedliche Antworten bekommen. Ich teile Ihre Auffassung, dass die Tragweite der Zeitenwende noch nicht allen voll bewusst ist. Andererseits wissen wir die Auswirkungen dieser Zeitenwende noch gar nicht einzuschätzen, wobei wir uns da noch im Fluss befinden.

Ich habe Ihren Worten eine ehrliche Analyse der EU entnommen. Aber: Müssen wir uns nicht zuerst neu aufstellen und über die notwendigen Reformen nachdenken, bevor man über eine Erweiterung nachdenkt? Sie haben auf die Erweiterung abgestellt, dass sich die EU erweitern müsse und die Ukraine genannt, Türkei wäre da zu nennen. Aber muss sich nicht die EU erst mal mit einer ehrlichen Analyse befassen? Vor allem haben Sie vorher kritisiert, dass die notwendigen Lehren nicht gezogen worden sind. Müssen wir nicht erst Lehren ziehen? Auch vielleicht Lehren aus einer womöglich zu schnellen, vorherigen Erweiterung, bevor wir weitere Mitgliedsstaaten aufnehmen?

Vielleicht können Sie kurz etwas sagen im Hinblick auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Sie haben das Stichwort der Verteidigung auch genannt –, ob Sie da Hoffnung haben, dass wir uns auch strategisch bei der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) deutlich besser aufstellen?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. – Als Nächster für die SPD-Fraktion der Kollege Neumann.

Josef Neumann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank für den herausragenden Vortrag. Ich würde noch eine Stufe tiefergehen bei der Frage der Krise, nämlich die Frage des Beteiligungsprozesses ansprechen. Zum Thema „aktuellen Lage der Nationalstaaten“ haben Sie ja einiges gesagt. Müssten wir nicht auch die Regionen innerhalb Europas, die ja sehr unterschiedlich sind und auch innerhalb der Nationalstaaten eine wichtige Rolle spielen, weiter strukturell einbinden?

Die zweite Frage: Die Rolle Polens/Osteuropas haben Sie beschrieben. Ich glaube, es nützt nichts, immer wieder zu jammern und zu sagen, in der Rolle befinden die sich, und je nachdem, wie die Wahlen ausgehen, wird sich der Prozess vielleicht noch verstetigen, sondern der zentrale Punkt ist, welche Antworten oder welche Dialogmöglichkeiten haben wir, oder anders ausgedrückt: Ich habe das Gefühl, wenn Ost und West über Europa reden, reden sie über Europa. Sie reden vielleicht miteinander Englisch, sie meinen aber völlig andere Welten. Da erinnert mich vieles an die Frage „Ost und West“ in Deutschland. Die Frage: Wo muss da nachgelegt werden?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Als Letzte in der Runde, last, but not least, für Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Aymaz, die auch Vizepräsidentin des Landtags ist.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Vielen Dank für den spannenden Einblick. Ich hätte es gerne mit meiner Nachfrage an der einen oder anderen Stelle noch mal konkretisiert. Es war herauszuhören, dass Sie sagen, bei der EU-Erweiterung darf es nicht mehr um die Frage gehen, ob, sondern es muss die EU-Erweiterung kommen. Die Frage ist nur noch, wie. Sie haben darauf hingewiesen, da darf man nicht darauf warten, dass einfach die Transformation in Gang gesetzt wird, sondern – so habe ich Sie verstanden – da muss man aktiv auch mitgestalten, dass sich das so gestaltet. Habe ich Sie so richtig verstanden? Können Sie das vielleicht noch mal konkretisieren?

Wir haben auch Länder wie die Türkei. Ich finde es immer sehr spannend, dass die Türkei in diesen ganzen Prozessen gar nicht mehr erwähnt wird. Müsste man vielleicht da ansetzen, um auch zu entwickeln, wie man etwas aktiv gestalten kann, was auf Eis gelegt worden ist und wie man mit weiteren Ländern, die in dem Prozess sind, vielleicht umgehen könnte, um parallel die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Es kann ja parallel laufen. Man muss nicht warten, um die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, sondern man kann, indem man es heute anders macht, auch verdeutlichen, dass man die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat. Ich fände es interessant, wenn Sie das vielleicht noch mal konkretisieren könnten.

Und was ich spannend finde, ist: Sie sagten zu Recht, Europa ist nicht mehr so im Fokus, vor allem nicht mehr im Fokus derer, die eigentlich für Europa sind. Umso mehr ist aber Europa im Fokus derer, die europafeindlich sind. Diese Entwicklung zu erklären, fällt mir, ehrlich gesagt, sehr schwer. Vielleicht haben Sie ein Erklärungsmuster dafür, wie es kommt, dass wir gerade in Zeiten von Krieg, wo wir eigentlich auf Bündnisse, auf Zusammenschlüsse so angewiesen sind, auf diesen nationalen Gedankengang wieder zurückfallen. Woher kommt das? Was muss da nachgeholt werden, um in Krisensituationen eben nicht in Nationalgedanken zurückzufallen, sondern erst Recht mehr im Sinne von Kooperation und Zusammenschluss zu denken?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann, Janis, wärst du daran, das wieder abzuarbeiten.

Janis Emmanouilidis (Think Tank European Policy Centre): Ich versuche es. Vielen Dank für die Fragen. Ich werde versuchen, soweit ich kann, darauf zu antworten. Ich mache es konsekutiv, das eine oder andere werde ich aber doch verbinden.

Permakrise/Polykrise: Im europäischen Kontext haben wir erst diesen Begriff der Polykrise benutzt – das war Mitte der 2010er-Jahre –, um zu beschreiben, dass wir mehrere Krisen parallel handhaben müssen und dass diese Krisen, auch wenn sie zeitlich nicht parallel sind, dennoch miteinander verbunden sind. Der Begriff wurde auch verwendet von der Spitze der damaligen Juncker-Kommission. Da gibt es die Frage, wer Vater und Mutter des Begriffes ist, aber das ist egal. Jedenfalls war es sozusagen die Situationsbeschreibung von damals.

Ich nehme ein Beispiel, um auch die zeitliche Dimension zu sehen. Als wir 2015/16 die sogenannte Migrationskrise hatten, gab es natürlich eine Verbindung auch zur Eurokrise und zur Griechenlandkrise, weil Griechenland eine besondere Rolle gespielt hat, da die Migrationsströme vor allem über die Türkei kamen. Wenn man sich an 2015 erinnert, da hatte die damalige Kanzlerin bei der Frage, ob Griechenland eine Pause aus dem Euroraum braucht, sehr wohl gesehen, dass es eine geopolitische Verbindung zur Frage der Migrationskrise gibt. Das hat auch 2015 bei der Frage, wie man mit Griechenland umgeht, eine Rolle gespielt. Das ist nur ein Beispiel.

Das Verständnis von Permakrise: Das ist ein Begriff, den wir verwendet haben, wofür uns auch viele, als wir ihn zum ersten Mal erwähnt hatten – das war 2021 –, kritisiert haben. Sie haben argumentiert, es würde im europäischen Kontext eine sehr starke negative Konnotation geben, wenn wir von Europa, EU und Permakrise sprechen. Hier haben wir aber versucht, analytisch darzustellen, wie sich die Situation darstellt. Wir haben nicht nur eine Polykrise, sondern wir haben andauernde, permanente, immer wiederkehrende Krisen unterschiedlicher Natur, die natürlich auch in einem Zusammenhang zueinander stehen. Aber wir müssen uns darauf einstellen, dass es weiter so gehen wird. Wir haben nicht an die Ukraine gedacht. Aber in der Analyse war unser Ansatz zu sagen, wir müssen uns darauf einstellen.

Das bedeutet auch, dass eine der Lehren für die Zukunft ist – das ist auch in Verbindung zu der Frage, die von Herrn Neumann gestellt wurde hinsichtlich der Lehren –, die wir daraus ziehen sollten, dass wir uns auf eventuelle Situationen vorbereiten müssen. Auch wenn wir jetzt glauben, sie nicht antizipieren zu können, müssen wir uns dennoch darauf vorbereiten. Eine der Lehren aus dem, was am 26.02.22 geschehen ist, ist, dass wir uns darauf vorbereiten müssen, dass es eventuell Herausforderungen anderer Natur geben wird, die aber noch tiefgreifender, noch gravierender sind.

Das heißt auf europäischer Ebene, dass man das Ambitionsniveau viel höher hängen muss. Ich weiß aber, dass das aktuell nicht en vogue ist. Da komme ich drauf, wenn es um die letzte Frage geht. Das war jetzt der Versuch zu erklären, wie Polykrise und Permakrise im Zusammenhang stehen und wie sie sich auch unterscheiden.

Ja, wir brauchen diese ehrliche Debatte und müssen die Lehren ziehen. Ich habe den Eindruck, dass wir diese Debatte miteinander zwischen den EU-Mitgliedsstaaten nicht führen und dass wir uns – das hängt mit der Tatsache zusammen, das als eine Art der Antwort auf Herrn Neumann – teilweise auch nicht verstehen. Wenn ich Debatten in Warschau oder anderswo im mittleren Osteuropa und dann Debatten in Berlin und Paris führe, habe ich oft den Eindruck, als seien das unterschiedliche Planeten.

Und ich würde das jetzt nicht nur im Kontext des Transformationsprozesses sehen, den diese Länder durchschreiten. Das war, so habe ich es zumindest verstanden, der Vergleich mit Ost- und Westdeutschland. So sehe ich das zumindest. Ich sehe es so, dass man die Dinge anders perzipiert, Geopolitik spielt natürlich eine Rolle. Wenn man in Estland ist, hat man ein anderes Sicherheitsverständnis, als wenn man in Portugal ist. Aber das verändert sich. Ich habe mich vorgestern mit einem portugiesischen EU-Abgeordneten unterhalten, der mir davon berichtet hat, dass die Themen „Sicherheit“ und „Verteidigung“ jetzt viel mehr im öffentlichen Interesse sind, als das noch vor zwei, drei Jahren der Fall war. Die Ukraine spielt da eine zentrale Rolle. Aber ich habe den Eindruck, dass wir immer noch sehr unterschiedliche Debatten führen, dass wir die nicht zusammen führen, dass wir nicht ehrlich miteinander diskutieren.

Und übrigens, wenn ich sage, dass ich oftmals den Eindruck habe, man sei auf unterschiedlichen Planeten, dann rede ich auch von Leuten wie meiner Wenigkeit. Auch auf der Expertenebene hat man sehr unterschiedliche Haltungen, auch in Diskussionen mit Personen auf Ministerebene findet man sehr unterschiedliche Haltungen und Verständnisse der Situation. Das zusammenzuführen ist, glaube ich, sehr wichtig, aber auch sehr schwierig. Und wir müssen diese Diskussion offen führen.

Und wenn ich von einigen Kollegen in Osteuropa höre, dass sie sich, nachdem sie zum x-ten Mal in Berlin waren, die Frage stellen, ob es Sinn macht, noch nach Berlin zu kommen, weil diese Diskussionen sie nicht weiterführen, dann macht mich das unruhig. Aber diesen harten Diskussionen aus dem Weg zu gehen ... Da haben wir ein fundamentales Dilemma, dass wir auf der einen Seite jetzt Einheit zeigen müssen, Einheit zeigen wollen, aber auf der anderen Seite diese Differenzen haben, weswegen wir einige Sachen unter den Teppich kehren. Ich glaube, dass das der falsche Ansatz ist, weil die Unterschiede ja weiterhin bestehen. Wir müssen sie offen ansprechen, und das fällt uns schwer.

Übrigens zu Polen: Wenn wir uns nur kurz vorstellen, dass Personen wie Donald Tusk oder Rafał Trzaskowski Verantwortung für das Land haben, dann ist das ein völlig anderes Land. Nur kurz als Hinweis. Ich kenne beide.

Die Beteiligung der Regionen: Ich glaube, zum einen reden wir über zwei unterschiedliche Dimensionen bei der Frage, inwieweit Regionen in den EU-Mitgliedsstaaten beteiligt sind. Im bundesrepublikanischen Kontext als föderaler Staat gibt es eine spezifische Situation auf nationaler Ebene, wie Regionen in nationale EU-Politikformulierungsprozesse eingebunden sind. Eine Erfahrung ist die, dass es sehr wohl Sinn macht, dass Regionen in der Lage sind, im EU-Politikformulierungsprozess auf nationaler Ebene eine starke Rolle zu spielen. Macht das die Sache immer einfacher? – Definitiv nicht. Aber ist es sinnvoll, und hat es einen Mehrwert? – Davon gehe ich aus soweit, und das ist das caveat, wie man im Englischen so schön sagt, man auf

nationaler Ebene in der Lage ist, Positionen zu formulieren. Wenn es dazu führt, dass man sich – ich habe die Coronakrise im Hinterkopf – unter den Bundesländern nicht einigen kann, dass man auf nationaler Ebene Schwierigkeiten hat, hat das auch negative Folgen auf der europäischen Ebene. Aber grundsätzlich, glaube ich, macht es Sinn, was dann übrigens auch mehr Bedeutung hat, was den Reformbedarf bei der Beteiligung von Regionen in anderen Mitgliedsstaaten als der Bundesrepublik angeht.

Dann komme ich zur Frage der Beteiligung von Regionen auf der europäischen Ebene. Und da ist, glaube ich, sehr viel Nachholbedarf. Der AdR spielt eine Rolle, aber die ist marginal, zusammen mit dem europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Beide stecken in einer langfristigen Sinnkrise und Eigendefinitionskrise und denken darüber nach, wie sie es verbessern.

(Josef Neumann [SPD]: Da kommt sofort Widerspruch! – Heiterkeit –
Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Ja, das diskutieren wir jetzt nicht. Das ist nicht der Punkt jetzt.)

Aber das heißt ja nicht, dass es nicht notwendig ist. Da sehe ich noch eine Verbindung: Wenn wir es von der nationalen Ebene bis auf die regionale lokale Ebene runterbrechen, dann stellt sich auch die Frage der Bürgerbeteiligung und wie wir das in die Politikformulierungsprozesse und auch in die Notwendigkeit auf europäischer Ebene mit einbeziehen, Druck auszuüben. Ich glaube, da muss man ein bisschen kreativer denken. Man versucht das, aber meines Erachtens hinkt man da noch sehr weit hinterher.

Erweiterung und wie damit umgehen? Zunächst einmal – ich hätte es auch gesagt, wenn Sie nicht die Türkei angesprochen hätten –, ich glaube, das Beispiel Türkei ist ein sehr interessantes Beispiel. Du hattest erwähnt, dass ich in Bonn war Mitte der 90er-Jahre. Ich kann mich an Diskussionen in diesem Umfeld erinnern, wo über die Notwendigkeit diskutiert wurde, dass die Türkei näher an die EU herangeführt werden soll bzw. Mitglied der EU werden soll. Und an diesem Tisch wurde dann vom „griechischen Sündenfall“ gesprochen. Griechenland war das Land, das uns davon abhielt, dass wir mit der Türkei enger zusammenarbeiten und die Türkei an die EU heranzuführen.

Dann hat sich zum Glück eine – ich will jetzt nicht ins Detail gehen, ist alles Geschichte – klügere griechische Regierung entschieden, dass sie Unterstützerin der türkischen Beitrittsbestrebungen wird, und plötzlich war dieser Schatten – Griechenland ist der Sündenfall – weg. Und diejenigen, die an diesem Tisch saßen, gehörten oft zu denjenigen, die sehr kritisch waren, wenn es darum ging, ob die Türkei Mitglied werden sollte, weil man sich nicht mehr verstecken konnte. Ich sage das, um zu verdeutlichen, welche Signale man schickt, wenn man in einem Prozess voranschreitet, aber das eigentlich nicht will.

Jetzt kann man denken – das ist schwierig, vor allem sind jetzt über 20 Jahre vergangen: Wie wäre es gewesen, wenn man Signale gesendet hätte, dass man tatsächlich will, dass in dem Fall die Türkei Mitglied wird? Wie wäre dann die innenpolitische Entwicklung der Türkei gewesen? Wie wäre dann der Transformationsprozess vorangeschritten in der Türkei? Alles hypothetisch, kann keiner drauf antworten. Aber ich glaube definitiv, und das jetzt zur aktuellen Situation, dass, wenn man das Zeichen

setzt, „ja, wir geben euch den Status, aber im Grunde wollen wir euch nicht, eigentlich wissen wir nicht, wie wir mit euch umgehen sollen; im Grunde wissen wir nicht, wie wir uns reformieren sollen, um uns auf euch vorzubereiten ... Das beinhaltet ja nicht nur die Frage, ob wir uns reformieren, was unsere Governance-Strukturen angeht, sondern es geht auch darum, was für ein Budget die Europäische Union in Zukunft braucht. Wie muss die europäische Agrarpolitik, wie muss die europäische Strukturpolitik reformiert werden? Denn sie muss radikal reformiert werden.

Wenn man aber das Zeichen setzt, „wir sind nicht in der Lage das zu tun, wir haben auch nicht das politische Kapital, das jetzt zu tun, weil wir mit so vielen anderen Dingen beschäftigt sind, so viel anderes ist wichtig“, dann sendet das ein Signal. Ich glaube, dass wir – zurück zu der Frage, „verstehen wir die Lehren?“ – dadurch das falsche Signal senden und eventuell in die Hände derjenigen spielen, die versuchen, die europäische Ordnung in eine Unordnung zu verwandeln. Putin freut sich. Dessen müssen wir uns, glaube ich, bewusst werden.

Übrigens, was konkret den Beitrittsprozess angeht: Es dauert immer noch sehr lange. Es ist ein langer Weg. Es geht darum zu unterstützen, politisch erst mal das Signal zu senden, dass man ehrlich damit umgeht und nicht so tut, als ob man unterstützt. Es gibt Überlegungen, ob man den Prozess graduell gestalten kann. Es gibt auch systemische Überlegungen von Gradual Integration, interessante Papiere dazu, die Kollegen erarbeitet haben. Ich habe mich Anfang der 2000er-Jahre damit beschäftigt. Mir wurde damals – das war im Kontext der großen Erweiterung von damals, als es um die Frage ging, wie es jetzt weitergeht – gesagt, man kann nicht graduell erweitern. Man kann nicht einen Schritt in die EU, dann einen nächsten und einen nächsten vornehmen. Entweder, wurde mir damals gesagt, man ist schwanger oder nicht schwanger.

Heute wird konstruktiver darüber nachgedacht. Aber es hat natürlich Implikationen für den EU-Haushalt, und es hat auch Implikationen, wenn man das durchdenkt, für die EU-Entscheidungsprozesse, wenn man Staaten langsam in die EU hereinlässt und nicht sagt, „von heute auf morgen, entweder man ist oder man ist nicht Mitglied.“ Diese Fragen müssen diskutiert werden. Sie werden jetzt mehr diskutiert. Aber für mich steht immer noch im Mittelpunkt: Will man es tatsächlich? Und das ist immer noch eine offene Frage.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Janis, darf ich an der Stelle einmal reinspringen? Kannst du auch etwas in dem Zusammenhang zur Ukraine und dem Beitrittsprozess nach deinen anderen Ausführungen sagen?

Janis Emmanouilidis (Think Tank European Policy Centre): Okay. Aber ich gehe noch mal auf den letzten Punkt ein. Warum haben wir eine nationale Orientierung? Ich weiß nicht, ob Sie die Frage so meinten. Warum haben wir auch die Realität, dass diejenigen, die Europa freundlich gesinnt sind, stiller sind als diejenigen, die Europa gegenüber kritisch gesinnt sind?

Ich glaube, das ist eine sehr gute Frage. Man kann es auf unterschiedlichen Ebenen beantworten. Aber wenn ich jetzt versuche, so tief wie möglich zu graben, um an den Kern zu kommen, dann gibt es, glaube ich, auf Seiten der europafreundlichen Kräfte –

übrigens auch unter Multiplikatoren, das beinhaltet Experten, Politiker, wen auch immer, die in der öffentlichen Debatte auch wahrgenommen werden – eine grundlegende Frustration über den europäischen Integrationsprozess. Ich diagnostiziere bei vielen, dass sie sich viel mehr die Frage stellen: Wo stehen wir? Das heißt nicht, dass man integrationsunfreundlich ist, aber man ist EU-kritischer.

Ich finde, EU-kritisch ist genau richtig. Da hat sich auch viel getan, wenn ich sozusagen in die Makroperspektive gehe. Ich kann mich noch erinnern: Wenn man die EU Mitte der 90er-Jahre in Brüssel kritisiert hat, war das Blasphemie. Heute ist das nicht der Fall. Wir sind da viel weitergekommen. Aber gleichzeitig stellen sich viele derer, die der europäischen Integration positiv gesinnt sind, Fragen wie: Sind wir auf dem richtigen Weg? Ist das das Europa, das wir wollen? Warum schaffen wir dann nicht die Dinge, die wir uns schon zehn oder 20 Jahre auf die Fahne geschrieben haben?

Als ich angefangen habe, mich mit Europapolitik zu beschäftigen, betraf das vorwiegend außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen. Viele der Diskussionen, die wir heute führen, haben wir damals schon geführt. Es fühlt sich oftmals an, als würden wir nicht weiterkommen. Man kommt weiter. Aber, bezogen auf Ihre Frage, ob wir strategisch weiterkommen: Da kommen wir nicht viel weiter.

Und diese Frustration haben natürlich auch sehr viele. Interessanterweise höre ich oft: Frustration nicht nur mit Blick auf Brüssel, sondern auch mit Blick auf die eigene Regierung. Warum sind wir denn nicht bereit weiterzugehen? Warum ergreifen wir nicht die Initiative? Warum sind wir eher rückwärtsgewandt als vorwärtsgewandt? Bei handelnden politischen Akteuren sehe ich immer mehr, dass die Ängste stärker werden. „Wir müssen vorsichtig sein. Wenn wir die Ambitionen zu hoch legen, werden wir dem nicht gerecht, und dann backfired es. Dann wird die Situation nur noch schlimmer werden.“

Das haben wir übrigens auch gesehen im Kontext der Frage von Bürgerbeteiligungsprozessen auf europäischer Ebene, wo am Anfang einige noch geglaubt haben, vielleicht hat es noch einen Mehrwert – wenige waren das. Heute hat man eher die Befürchtung, „oh, das könnte in die falsche Richtung gehen, deswegen vorsichtig.“ Wenn man vorsichtig ist, kombiniert mit – jetzt versuche ich, konkreter zu werden – der Notwendigkeit und der Herausforderung, vor der man steht, um die Lehren richtig zu ziehen aus dem, was wir da erfahren, dann beißt sich die Ratte in den Schwanz: weil man nicht vorankommt, weil man nicht mehr delivert, weil man nicht mehr in der Lage ist. Das führt zu mehr Frustration und so weiter und so fort.

Es ist sehr schwierig, das unter ein Dach zu bringen. Ich bin nicht naiv. Ich weiß, wie schwierig das ist. Ich glaube aber, wir haben nicht die Wahl. Im Grunde genommen haben wir, ich verwende manchmal den Begriff, die normative Verantwortung, in der Situation jetzt zurechtzukommen. Wenn ich ein bisschen pathetischer sage: Mein Sohn ist 23. Wenn es um Krieg und Frieden geht, haben wir noch mehr als nur eine normative Verantwortung, der Situation gerecht zu werden. Da können noch Dinge passieren, die keiner von uns erleben will. Die Ukraine hätte es sich auch nicht vorgestellt in diesem Maße.

Von daher: Ich glaube, wenn man da tiefer gräbt und noch ein weiteres Fass aufmacht – danach höre ich auf und gehe zurück –, dann ist da etwas, worüber wir uns viele Gedanken machen müssen, und das ist unabhängig von der Europapolitik: Warum haben wir so viel Wut in unseren Bevölkerungen? Und wie gehen wir damit um? Und was heißt das für traditionelle Parteien? Was heißt das für Regierungen? Was heißt das für politisch handelnde Akteure, für uns alle? Wie gehen wir damit um? Wenn man das weiterdenkt, dann hat das natürlich auf der europäischen Ebene Auswirkungen.

Was viel stärker wird – jetzt werde ich vielleicht zu philosophisch –, ist das „Me-First-Syndrome“. Ich meine nicht „my country first“, das „me first“. Ich als Person, wir als Familie, wir als lokale Entität, wir als regionale Entität. Dass dieses Gefühl – manche nennen es Hyperindividualisierung, ein vielleicht zu komplexer Begriff – zunimmt, das hat auch, wenn man es durchdenkt, Auswirkungen bis auf die europäische Ebene und auf die Frage der Nabelschau.

Sorry, dass ich zu breit geworden bin in meiner Antwort. Jetzt habe ich vergessen, was die Frage war.

Vorsitzender Stefan Engsfeld: Ukraine und Beitrittsprozess.

Janis Emmanouilidis (Think Tank European Policy Centre): Es ist erstaunlich zu sehen, wie – ich nehme jetzt einen vielleicht komischen Begriff – professionell auf ukrainischer Seite die Vorbereitungen voranschreiten hinsichtlich dessen, was sie sich erhoffen, nämlich den Beginn von Beitrittsverhandlungen. Sie arbeiten extrem systematisch, sehr professionell, sehr detailliert daran. Das heißt nicht, dass man in der Implementation genauso schnell voranschreitet. Natürlich ist Korruption eines der primären Themen, über die man diskutieren muss. Aber in ihren technischen Vorbereitungsprozessen sind sie unheimlich effizient und unheimlich schnell.

Sie wissen, dass sie jetzt möglichst schnell noch mehr Druck auf uns ausüben müssen, weil sie wissen, dass, je mehr Zeit vergeht, es umso mehr eine Pseudonormalisierung des Krieges in unseren Debatten gibt – Pseudonormalisierung. Es hat nichts mit Normalisierung zu tun, was da passiert. Je mehr das der Fall ist, umso weniger haben sie die politische Leverage, um Druck auf uns auszuüben und nächste Schritte vorzunehmen. Also bereiten sie sich sehr gut technisch vor, sind sich aber dessen bewusst, wie schwierig es ist, wobei die Erwartungshaltung schon sehr hoch ist. Man muss sie auch oft dämpfen, wenn es um die Frage geht, wann. Aber das haben wir in der Vergangenheit auch gesehen, um nicht immer alles so kritisch zu malen.

Ich kann mich erinnern, wie polnische Kollegen in den 90ern gesagt haben: Wir stehen immer fünf Jahre vor der Erweiterung. Und nach fünf Jahren sind es wieder fünf. Und dann sind es wieder fünf. Und irgendwann kam aber der Moment. Aber der war begründet in der Tatsache, dass wir uns dessen bewusst sind, dass wir nicht umherkommen, uns zu erweitern. Wenn aber manche von uns glauben und zynisch der Ansicht sind, wir können es vermeiden, dann wird es nicht passieren.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Mit Blick auf die Uhr würde ich jetzt hier einen Punkt machen wollen. Ganz herzlichen Dank, lieber Janis Emmanouilidis, dass du uns hier Rede und Antwort gestanden hast. Ich fand es sehr wohltuend, mal aus dem Day-to-Day-Business rauszukommen und einmal zu reflektieren, wo wir stehen und was wir zumindest tun könnten. Du hast gezeigt, dass das European Policy Centre eine gute Adresse für solche Debatten ist. Vielen lieben Dank und keep in touch, würde ich sagen.

4 Wie sehen die Pläne der Landesregierung zur Umstrukturierung der EU-Fördermittel aus? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage18/1555

– wird aus zeitlichen Gründen heute nicht behandelt

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

Anlage
07.11.2023/10.11.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

28. August 2023

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung
am 7. September 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgenden
Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 7. September 2023 in Brüssel:

**TOP – Wie sehen die Pläne der Landesregierung zur Umstrukturierung der
EU-Fördermittel aus?**

In der Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 18. August in
Bonn, antworteten Herr Liminski, Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes NRW und
Chef der Staatskanzlei, sowie Herr Dr. Mark Speich, Staatssekretär für Bundes-
und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes NRW, auf
Nachfrage der SPD-Fraktion, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales sowie das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und
Energie des Landes NRW Restrukturierungen der EU-Fördermittel für NRW
planten.

In diesem Kontext bitte ich ausführlicher auf unsere mündlich gestellten
Fragen schriftlich zu antworten:

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Die Europäische Kommission hat am 20.06.2023 eine Mitteilung zur Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 angenommen. Wie bewertet das die Landesregierung?
- Plant die Landesregierung ebenfalls Änderungen bzw. eine Revision der EU-Förderprogramme bzw. Operationellen Programme für NRW?
- Inwiefern plant die Landesregierung die EU-Fördermittel umzustrukturieren? Was genau wird sich ändern? Welche Fonds und welche Häuser sind betroffen?
- Entscheiden die jeweiligen Ministerien über die Umstrukturierung oder wird dieser Prozess zentral von der Regierung gesteuert?
- Hat die Umstrukturierung zur Folge, dass andere Zielgruppen davon profitieren? Wenn ja, welche und welche werden in der Folge weniger Fördermittel erhalten? Wird sich die Umstrukturierung auf die Stadt-Land-Verteilung auswirken? Wenn ja, inwiefern?
- Wann wird die Landesregierung ihre Pläne vorstellen und ab wann sollen sie greifen?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL